

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannistrafte 50**, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **RM. 1,60**. Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeitzeile oder deren Raum **15 Pfg.**, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.**, answärtige Anzeigen **20 Pfg.** Inserate für die nächste Nummer müssen bis **9 Uhr Vormittags** in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 40

Sonnabend den 16 Februar 1901.

8. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## „Aus Erziehungsprinzip“.

Die „gutgesinnte“ Presse ist wieder einmal mit dem Kaiser nicht zufrieden. Die Verleihung des Schwarzen Adlerordens an Lord Roberts hat sie in Harnisch gebracht. In ihrem Grimm belegt sie den braven Lord sogar mit Titulaturen, die sich ein monarchisch gesinntes Menschenkind gegen einen Ritter des hohen Ordens vom Schwarzen Adler eigentlich nicht erlauben sollte. Ausdrücke wie **Mordbrenner**, **Banditenhauptmann** fliegen nur so herum, und schon ist in **Wschaffenburg** ein Zentrumslatt wegen angeblicher Majestätsbeleidigung konfisziert worden. Zwar haben die nämlichen „nationalen“ Bapiere, die die Hunnenbriefe geflissentlich todtschwiegen oder zu beschönigen versuchten, kein Recht, über die barbarische Kriegsführung der Engländer loszusprechen, allein ab und zu müssen sie doch den das ganze Jahr über im verschwiegenen Busen verborgenen „Männerstolz vor Königsthronen“ austreten, um zu zeigen, daß auch dieser Artikel auf Lager ist, wenn auch im allerhintersten Winkel des Magazins.

Uns läßt die Deforation des englischen Lords kost und so gar überraschend will uns die Sache auch nicht dünken. Nach unserer Meinung handelt es sich hier nur um ein Symptom des deutschen Regierungssystems überhaupt, um eines jener Prinzipien, nach denen das deutsche Volk von oben her „erzogen“ wird und die eben nur möglich sind, weil die Mehrzahl der deutschen Nation in politischen Stumpfheit versunken ist.

Ein alter Regierungsgrundsatz im herrlichen deutschen Reiche schreibt nämlich vor, daß die verschiedenen Regierungen der deutschen Vaterländer sich von „unten“ absolut nicht beeinflussen lassen dürfen. Darum bestreben sich besagte hohe Regierungen unentwegt, ihren Parlamenten und „Untertanen“ zu zeigen, daß deren Wille und Gefühle für „oben“ nicht im geringsten maßgebend sind. Manchmal wird sogar direkt gegen die Stimmung des Volkes gehandelt, nur um zu beweisen, wer eigentlich Herr ist. Es giebt ja Duzende von Fällen, die das darthun und außerdem wurde dieses „Prinzip“ sowohl von Ministern, wie offiziellen Blättern schon öfter offen anerkannt. Wir erinnern an die Beförderung des Soldaten Lück, der als Posten einen Zivilisten erschossen hatte, zum Gefreiten, wir erinnern daran, wie die Regierungen Parlamentsbeschlüsse einfach ignoriren (Einführung der Diäten für Reichstagsabgeordnete, Verminderung der Offizierspensionirungen u.) und ferner verweisen wir auf den Fall **Pofadowsky**. Trogdem im Volke die Meinung vorherrschend war, daß der Zwölftausendmark-Graf von seinem Posten entfernt gehört, wurde er doch im Amte belassen, nur um dem Volke zu zeigen, daß seine Entrüstung gänzlich belanglos sei. Und jetzt, na jetzt wurde halt Lord Roberts mit dem höchsten preussischen Orden erfreut, um erstens dem Reichstag klarzumachen, daß man sich um seine Reden anlässlich der Abweisung Krügers gar nichts kümmern und zweitens, um dem deutschen Volk beizubringen, daß seine Sympathien für die Buren die Krone gar nicht berühren. Die deutschen Regierungen glauben eben einmal, daß sie das Volk wie ein eigenstinniges Kind, dem man absichtlich den Willen nicht thut, behandeln müssen. Und die „nationalen“ Tintentuli, die heute über die Deforation des Lord Roberts murren, sind sonst mit dieser „Erziehungsmethode“, die allerdings nur in Deutschland, vielleicht auch noch in der Türkei und in Dahomey möglich ist, völlig einverstanden.

Freilich wäre es an der Zeit, daß Parlament und Volk endlich einmal auf diese Erziehungskünste entsprechend erwidern würden. Man braucht hier nicht gleich an Revolution oder dergleichen zu denken. O nein, die Herrschaften oben haben auch ihre kleinen und großen Wünsche, die sich nur mit Hilfe der Volksvertretung und des Volkes erfüllen lassen. Wenn hier Parlament und Nation einlegen wollten, wenn vor Allem die Byzantinerei und die Willkürigkeit zum Spalierstehen verschwände, dann würde oben sehr bald eine andere Erziehungsmethode gewählt werden. So lange aber das Parlament in der Mehrzahl nur aus Venter besteht, deren Rückgrat noch biegsamer ist als Gummi, so lange brav Hurra geschrieben wird, darf Niemand sich darüber wundern, daß die höheren Regionen vor dem Volkswillen und den Volksgefühlen keinen besonderen Respekt haben.

## Politische Mundschau.

Deutschland.

Der Reichstag erlebte Mittwoch einen seiner interessanteren Tage, was sich schon äußerlich in dem immerhin bedeutend stärkeren, wenn auch kaum als stark zu bezeichnenden Besuche des Hauses ausdrückte.

Interessant war gleich das Vor- und Zwischenspiel, mit dem die heutige Sitzung eröffnet wurde. In einer scharfsingespitzten Erklärung wies vor Eintritt in die Tagesordnung **Genosse Heine** die unqualifizirbaren Angriffe zurück, die im Dreiklosterhause, wo keine Vertreter des arbeitenden Volkes sitzen, des preussischen Justizministers **Schönstedt** Exzellenz gegen ihn gerichtet. Bei der dritten Lesung des Reichsjustizetats, erklärte Heine, werde er mit dem Justizminister abrechnen. Es soll uns wundern, ob der Herr am Platze sein wird. In seiner neuerlichen Rede im Abgeordnetenhaus hat er eine ebenso merkwürdige wie brünstige Abneigung gegen die Rolle eines „Kugelfangs“ an den Tag gelegt.

In einer kurzen Debatte wurde der Rest des Etats der Reichseisenbahn-Verwaltung erledigt. Die **Chinavorlage** warf ihre Schatten voraus: in Hinblick auf das Heidegeld, das das China-Abenteuer kostet, hat die Kommission die zweiten und dritten für das „Extraordinarium“ d. h. die außerordentlichen Ausgaben, gesforderten Raten überall da gestrichen, wo die ersten Raten noch nicht aufgebraucht sind. Das Haus ließ sich durch Herrn v. **Zhielens** wehmüthige Klagen nicht bewegen, den Beschluß seiner Kommission umzustößen.

Und nun kam sie selbst heran, die **Chinavorlage**. Das heißt ihre zweite Lesung. Die Schlacht um sie war natürlich bei der ersten Verathung geschlagen worden. So entbrannte heute nicht sowohl der Kampf um die Chinavorlage selbst, die vielmehr mit den dazu gehörigen Medaillen glatt durchging, sondern um eine Resolution, die die Budgetkommission vorschlug, und einen Zusatzantrag, den unsere Fraktion zu dieser Resolution beantragte.

Die Resolution der Kommission ist aus dem Geiste geboren, der, ein ekles Mischding zwischen Frömmerei und Weltpolitistik, die Rechte und mehr noch das Zentrum besetzt. Sie verlangt, daß in dem Vertrag, der — wann, das mögen die Götter wissen — den christlichen Wirren ein Ende machen soll, die Freiheit des christlichen Bekenntnisses in China ausbedungen und — das ist das Entscheidende — die christlichen Christen unter den Schutz der Vertragsmächte gestellt werden.

Zu dieser Resolution beantragte unsere Fraktion einen Zusatz, der den Missionaren die Verpflichtung auferlegen soll, sich nicht in die sozialen und politischen Verhältnisse einzumischen und nicht die Kleidung chinesischer Mandarine zu tragen. Die letztere Forderung ist natürlich nicht etwa dem Geist kleinlicher Enkette entsprungen, sondern wendet sich gegen die beliebte Methode namentlich der katholischen Missionare, sich den Amtscharakter chinesischer Beamten beizulegen oder beilegen zu lassen.

In einer trefflichen Rede vertrat **Genosse Bebel** den Antrag unserer Partei. Unwiderleglich und auf unanfechtbare Zeugnisse der allerneuesten Zeit, die aus gut bürgerlichen Kreisen stammen, gestützt, beleuchtete **Bebel** das verhängnisvolle Treiben der Missionare der verschiedenen Glaubensschattierungen in China, jenes Treibens, das in allererster Linie die Schuld an den gegenwärtigen chinesischen Wirren trägt. Was würde man sagen, fragte er die Herren vom Zentrum und vor der Rechten, wenn hier in Deutschland fremde Missionare Schelme, die zu ihrer Religion übertreten, ihren ordentlichen Richtern entziehen wollten?

Mit abgestandenen Phrasen von der „Pflicht“ der „Kultursölker“ anderen „tiefer stehenderen“ Nationen das Christenthum zu bringen, suchten der konservative **Graf Stolberg Wernigerode** und der ultramontane **Dr. Bache** **Bebel** zu widerlegen, während **Dr. Müller-Sagan** namens der freisinnigen Volkspartei **Bebel** wesentlich Recht gab und nur gegen den zweiten, auf die Mandarineuniform bezüglichen Theil der sozialdemokratischen Resolution einige z. Th. auf Maßverhältniß beruhende Einwände erhob. **Graf Bern-**

**storff** von der Reichspartei sprach natürlich im Sinne der Redner der Rechten und des Zentrums. Eine recht eigenthümliche Stellung nahm der Staatssekretär von **Richt Hofen** ein: er erklärte die Resolution der Kommission für „überflüssig, aber nicht schädlich“ und den sozialdemokratischen Zusatzantrag für „bedenklich“. Herr **Schrader** von der freisinnigen Vereinigung sprach sich ähnlich wie **Müller-Sagan** aus, bemühte sich aber in echt wadenstrümpferischer Weise, seine Stellungnahme durch allerlei Verbeugungen vor dem Christenthum und der Weltpolitik zu verbrämen.

Nach einmal ergriff **Genosse Bebel** das Wort, um mit den verschiedenen Einwänden der vorausgegangenen Redner gründlich abzurechnen. Am Schluß seiner Rede erhielt er noch einen Ordnungsruf für den in seiner ersten Rede gebrauchten Ausdruck „Raub“ für die „Bestergreifung“ von Kiautschau.

Der Rest der Debatte brachte nichts Bemerkenswerthes: **Gröber** wiederholte, was **Bache** gesagt, und **Dr. Hieber** bewies, was schon **Bache** bewiesen, daß die Nationalliberalen fromm geworden sind.

Das Spiel endete, wie nach dem Parteiverhältnis voranzusehen: die Resolution wurde angenommen, der Zusatzantrag abgelehnt. Ebenfalls wurde abgelehnt: die Chinarelationsvorlage, die der Reichstag erst im Rahmen einer einheitlichen Regelung des gesamten Militärversorgungswesens bewilligen will. Nächste Sitzung: Freitag. Tagesordnung: 3te Lesung der Chinavorlage und Postetat.

**Den deutschen Weltmachtshautaffen ins Stammbuch.** Ein lesenswerther Aufsatz in den letzten Hefen der konservativen „Grenzboten“ über die Handelspolitik im Jahre 1901 beschäftigt sich auch mit dem Imperialismus und Jingoismus. Bei der wohlbekanntesten politischen Haltung dieser Zeitschrift erscheint die hier geübte Kritik doppelt wirksam. Da liest man („Grenzboten“ vom 7. Februar 1901):

Eine wirklich ernste Gefahr liegt leider darin, daß eine ganze Gruppe „moderner“ Geschichtsschreiber, Völkerpsychologen, Nationalökonomien und dergleichen sich dieser „Sensation“ angenommen und den Imperialismus und Jingoismus in's „System“ gebracht hat. Leider stellen wir Deutschen dazu ein beträchtliches und noch wachsendes Kontingent. Sie erklären die national-egoistische Gewalthuberei für naturnothwendig, setzen sie überall voraus, verlangen sie überall und halten schließlich ein zweites Zeitalter der Völkerwanderung, dieses Mal vorwiegend per Dampf und per Dampfer, für unausbleiblich und bald bevorstehend. So reden sie sich selbst in eine Kriegsführung hinein, die in der Studirstube nichts schadet, die aber, je größer die Zahl der Schüler solcher Propheten unter den gebildeten Männern des praktischen Lebens, zumal den Leuten von der Presse und der Verwaltung wird, zur Gemeingefahr answachsen kann. Mit persönlicher Kriegslust und Kriegstüchtigkeit hat das nichts zu thun; je nervöser, um so besser. Die Länder ohne allgemeine Wehrpflicht sind natürlich der allerbeste Nährboden, und wenn in diesen Ländern ein stumpfes Großkapitalistenthum die Herrschaft hat und über Krieg und Frieden entscheidet, so kann diese psychische Senke unter Umständen zu furchtbaren Kriegskatastrophen führen, zu denen der spanisch-amerikanische Krieg zu rechnen uns übrigens nicht einfällt, wohl aber die Schmach in Südafrika. Natürlich paßt diese Ansicht unseren Systematikern des Imperialismus nicht in den Kram, und sie predigen neuerdings, daß es nicht nur dynastische, sondern auch kapitalistische Kriege überhaupt nicht mehr giebt, nur Volkskriege. Das habe die „Begeisterung“ der Londoner Arbeiter für den Krieg und namentlich beim Vorbereiten der Schlachtopfer für Transvaal und für zurückgehenden „Feldern“ für zwinge Zeiten unwiderstlich bemerkt. So wahr die europäischen und nordamerikanischen Arbeitermassen Kulturmassen und nicht Wilde sind, so wahr ist diese Theorie von der natürlichen Volkstümmlichkeit des Imperialismus ein hinverbrannter Unsinn. Die Lehre von der internationalen Friedensliebe und Friedensgarantie der Sozialdemokraten ist dagegen ein hehreres Evangelium von lauterster Wahrfastigkeit; dem jeder vernünftige Mensch den Sieg über den Imperialismus wünschen muß. Unsere Arbeiter sind nicht roh und nicht dumm genug zum Imperialismus.

Was sagen die deutschen Weltmachtshautaffen, Imperialisten und Jingoer zu dieser Beurtheilung der „Grenzboten“?

Das **Gras** der Weltmachtshautaffen wird jetzt selbst von den Blättern der Rechten offen eingestanden. Der „Rhein-Westf. Btg.“ wird von „gut unterrichteter Stelle“ aus Berlin geschrieben:

Der Verlauf der Ereignisse in China hat den Kaiser tief verstimmt, insbesondere hat er kein Gehl daraus gemacht, daß er über die Haltung Rußlands, Frankreichs und Amerikas gegenüber der Kommandogewalt des Grafen **Waldersee** entrückt sei. Diese Mächte hätten, obgleich mit aller Reserve, den Grafen **Waldersee** zum Oberkommandirenden erst zwar acceptirt, dann



aber allerhand Einschränkungen gemacht, die das deutsche Oberkommando thatsächlich unhörbar machen. Im Berliner Auswärtigen Amt hat man weit mehr Belege für diese intrigante Haltung, als in der Öffentlichkeit gedrungen sind. Rückhaltlos der deutlichen Kommando Gewalt gefügt hatte sich nur das englische Kontingent und zwar auf Anweisung Salisbury, der dadurch Deutschland vor völliger Isolierung und Waldhersee vor einer schlimmen Demüthigung bewahrt hat. Dies Gefühl der Dankbarkeit also ist es, das den Kaiser Wilhelm am intensivsten geleitet hat bei Handlungen, die man in Deutschland nur als unbegreifliche Ueberstimmung der Englandfreundlichkeit beurttheilt.

Daß der Kaiser, wie die „Rhein.-Westf. Bzg.“ sehr richtig bemerkt, gar keine Ursache zur besonderen Dankbarkeit gegenüber England hat, da Deutschland ja gerade England in China die Kostianen aus dem Feuer geholt hat, ist in diesem Falle Nebenache, da es hier nur auf das Gefühl der Vereinsamung ankommt, nicht auf den Ausdruck derselben. Ein tragisches Ende des so enthusiastisch entrierten Chinages! Und trotzdem hätten unsere so jäh draußlosstürmenden Westpolitik die bittere Lehre nicht zu theuer erkaufen, wenn die Wirkung der Lektion eine nachhaltige sein würde!

Im preussischen Abgeordnetenhause wurde Mittwoch die Beratung des Etats des Ministerium des Innern begonnen. Es gab sehr lange und stellenweise recht erregte Auseinandersetzungen. Der Minister von Rheinbaben nahm dreimal das Wort und redete etwa die Hälfte der Zeit, die die Sitzung in Anspruch nahm, so daß er am Schluß seiner letzten Rede ordentlich mit Heiserkeit zu kämpfen hatte. Ganz unerwartet war sein erstes Auftreten schon bald nach Beginn der Sitzung. Er fühlte das Bedürfnis, gegen die Ausführungen zu polemisieren, die der freisinnige Abg. Dr. Müller-Reimingen im Reichstag bei Gelegenheit des Antrages auf Beseitigung der Theaterzensur gemacht hat. Es wird jetzt Mode, daß oppositionelle Reichstagsreden nicht im Reichstag selbst, sondern in der preussischen Landesvertretung beantwortet werden. Es liegt, wie der Minister des Innern ganz offen erklärte, System in diesem Verhalten der Regierung. Die Minister fühlen sich bei ihren Landräthen offensichtlich viel wohler, als in dem auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählten Reichstage, wo oppositionelle Luft weht und mit den Herren da oben ein kräftigeres Wort geredet werden kann. Der Minister wurde gegen den Abg. Müller persönlich sehr grob, aber in der Sache selbst ließ er sich doch zu Zugeständnissen herbei. Er willigte natürlich grundsätzlich nicht in die Aufhebung der Theaterzensur, versprach aber doch eine Handhabung, die auch demjenigen, der die völlige Beseitigung wünscht, die Institution annehmbar machen muß. Sehr ungeschicklich aber waren die juristischen Ausführungen des Ministers, mit denen er beweisen wollte, daß die Frage der Theaterzensur nicht zur Kompetenz des Reiches gehöre. Sehr treffend wies der Abgeordnete Richter (Fp.) die Zensurbeseitigung des Ministers zurück, um dann auf die Nichtbestätigung freisinniger Gemeindebeamten einzugehen. Er rief alle typischen Fälle auf, namentlich die Affäre Dullo und Dr. Krieger in Königsberg, und veranlaßte dadurch Herrn v. Rheinbaben zu einer zweiten Rede, die sogar im preussischen Abgeordnetenhause verblüffend wirkte. Ihr Grundton lautete: Wer Sozialdemokrat ist, wird nicht bestätigt; wer Sozialdemokraten wählt, wird nicht bestätigt; wer die Anführer der jüdd-nischen Volkspartei wählt, wird nicht bestätigt; wer da jagt, daß die Lage der Arbeiter zu wünschen übrig läßt, wird nicht bestätigt. Aus der Rede des Herrn v. Rheinbaben erlah man außerdem, daß über alle politischen Aenderungen von mittelbaren Staatsbeamten im Ministerium ausführlich Buch geführt wird. Bemerkenswert ist, daß Dr. Krieger die Wichtigkeit der polizeilichen Anzeigungen bestritt. Die Szene gestaltete sich zum Schluß recht dramatisch und die Bitter und Sanktionirungen des Herrn von Rheinbaben wurden immer fieberhafter. Er mußte schließlich noch den Schmerz erleben, daß sogar der nationalliberale (!) Abgeordnete Dr. Friedberg sich mit seiner Bestätigungsgewissung nicht einverstanden erklärte. Der Bülow-Kurs macht sich gut!

Seine zukünftige Verdienste am das Zustandekommen der Getreidezölle läßt das Betragen den Agrarien schon jetzt nachdrücklich zu Gemüthe führen. Die „Somm.“ schließt ihre der Wähler-Parade bei Wuppertal gewidmeten Betrachtungen mit dem verständlichen Hinweis:

Herr v. Bosenberg heute in seiner Eröffnungsrede: „Heute stehen wir im Reichstage namentlich als eine große, starke, geistig offene Macht da.“ Von dem Hund der Landwirtschaft, den ausgeprägtesten Vertreter und selbst Anführer dieses, kann es das doch nur möglich sagen, zumal wenn er sich des Fiellos erinnert, daß die Führer des Bundes der Landwirtschaft im Beginn der jüngsten Legislaturperiode des Reichstags mit ihren über vorbereiteten Vorschlägen und mit dem Bewußtsein, die Führung im Reichstage zu übernehmen, erschienen waren. Und wenn im Reichstage überwiegend eine große Majorität für eine angemessene Erhöhung der Getreidezölle zu haben ist, so ist das gewiß nicht das Verdienst des Bundes der Landwirtschaft.

Einmal nicht, sondern das des Zentrums. Wir werden das „volkstümliche“ Zentrum zu besonderer Zeit an dieser Bekanntheit einer schönen Seele erinnern.

Guter Massenprotest gegen die agrarischen Großwäcker haben Mittwoch Abend unsere Parteigenossen in Berlin und Umgebung erhoben; sie hatten zu diesem Zwecke nicht weniger als 30 große Versammlungen abgehalten. Dieselben gestalteten sich zu einer riesigen Demonstration gegen die geplanten Zölle. Die Demonstration wurde nachts durch die geplante Zölle. Die Demonstration wurde nachts durch die geplante Zölle. Die Demonstration wurde nachts durch die geplante Zölle.

vorgelegt, die überall meist einstimmig und unter großem Beifall angenommen ward:

Die Versammlung beschließt:  
Die Getreide- und Lebensmittelzölle sind die drückendste und ungerechteste Last, die dem werththätigen Volke auferlegt wird.  
Die Getreide- und Lebensmittelzölle vertheuern die Lebenshaltung der Massen im umgekehrten Verhältniß zu ihrem Einkommen.  
Die Getreide- und Lebensmittelzölle bilden ein Hinderniß für die industrielle Entwicklung, an der die übergroße Mehrheit der Nation in stets steigendem Maße interessiert ist, insbesondere verhindern dieselben den Abschluß günstiger Handelsverträge mit andern Staaten.

Die Getreide- und Lebensmittelzölle stehen also im Widerspruch mit der Entwicklung unseres Verkehrs und unserer Kultur, die den erleichterten Austausch der Erzeugnisse aller Völker fordern.

Die Versammlung erblickt deshalb in der Begünstigung der geplanten sehr erheblichen Erhöhung der Getreide- und Lebensmittelnzölle durch das Reich einen Akt härtester staatlicher Ungerechtigkeit und, soweit die Erhöhung derselben von den Interessenten gefordert werden, einen Akt brutaler Klassenherrschaft und niedriger agrarischer Selbstsucht.

Gegeu solche Bestrebungen erhebt die Versammlung den energischsten Protest.  
Die Versammlung protestirt aber nicht nur gegen jede Erhöhung der Getreide- und Lebensmittelzölle, sondern fordert deren gänzliche Beseitigung!

Genosse Th. Schwarz, unser Reichstags-Abgeordneter, sprach in Schöneberg. Der „Vorwärts“ berichtet darüber: Zahlreich, so daß das Lokal schon vor Beginn überfüllt war, waren die hiesigen Einwohner im „Rudhaus“ vertreten, um Protest einzulegen gegen die Erhöhung der Getreidezölle. In 1 1/2 stündiger Rede geißelte Genosse Schwarz die Machinationen der Junker und die eigentümliche Stellung der Regierung.

Ein halbes Wunder hat sich in der Provinz Posen zugetragen: Ein ganzer landwirtschaftlicher Verein und zwar der Verein der Kreise Inowrazlaw und Strelno, hat sich zu der Forderung bekannt, daß es notwendig sei, den ländlichen Arbeitern bessere Lebensbedingungen zu bieten, falls man die Landflucht dieser Arbeiter hemmen wolle. Zu diesem bemerkenswerten Vorgange wird der „Posn. Bzg.“ aus der Provinz Posen mitgetheilt: Der Redner des Tages war der Direktor Rirscht, der als Landwirth großes Ansehen genießt. Nach ihm bestehen die Mittel, die Arbeiter festzuhalten, in der Ueberweisung von guten Wohnungen, der Gewährung besserer Löhne und der Gewöhnung an eine angemessene Behandlung der Leute. Der heutige Arbeiter verlangt eine bessere Wohnung; der Mann lernt eine solche als Soldat, das Mädchen beim Besuch der Schwester in der Stadt kennen und deren Annehmlichkeiten schätzen. Die Gegenwart ist günstig zum Bauen; jetzt erhält man billiges Material, und in den Städten hat die Baukunst nachgelassen. In Bezug auf die Löhne muß jeder Landwirth überlegen, wo der Hebel anzusetzen ist, jedenfalls aber wird es sich empfehlen, die Größe des Deputats nach der Kopfzahl der Familie abzumessen. Bei der Wahl der Behandlungsmethode möge jeder Wähler daran denken, daß die Verhältnisse nicht mehr so liegen wie vor 30 Jahren. Man müsse suchen, den Leuten näher zu kommen. Wer den Arbeiter beurtheilen will, muß sich in seine Stelle hineinsetzen und sich der Worte erinnern: „Was du nicht willst, das man dir thu u. s. w.“ — Die Landbühlerprufe wird nicht verfehlen, diesem „Reformator“ mit den üblichen Anwürfen ihre Anerkennung auszudrücken.

Ein Fabrikantenring gesprengt. In M. Gladbach bildete sich vor ca. einem Jahre ein Ring der Buckstins-, Kammerger- und Chemiefabrikanten, um bessere Preise und Zahlungsebedingungen von den Großhändlern zu erzielen. Diesem Ring schlossen sich sämtliche Fabrikanten des M. Gladbacher Bezirks an. Der Ring wurde gleich von Anfang an von den Berliner, Breslauer und Stettiner Großkonfektionären stark angefeindet. Jetzt ist es gelungen, den Ring zu sprengen. Nachdem 6 Mitglieder nothgedrungen gekündigt haben, hat sich die Vereinigung aufgelöst.

Kleine politische Nachrichten. Die Justizkommission des Reichstages hat am Mittwoch den in erster Lesung angenommenen Antrag, daß Berichter, Redaktoren und Drucker sowie das Personal des Journals über die Person des Verfassers und Einlenkers einer Note verweigern dürfen, mit 8 gegen 7 Stimmen getraut, nachdem die Regierungsvertreter den Paragraphen als unannehmbar bezeichnet hatten. Ein Antrag, die Preßgesetzgebung dem Schwurgericht zu überweisen, wurde in erster Lesung abgelehnt. — Die Revelle zum Brautwein-Konkurrenz ist unannehmbar dem Bundesrathe zugegangen. Diefelbe enthält die von dem Spiritusking gewünschte Bestimmung, wonach jeder Brenner von Kartoffeln, Mais, Melasse uim. der jährlich mehr als 150 Hektol. reinen Alkohols erzeugt, verpflichtet ist, einen vom Bundesrathe alljährlich zu bestimmenden Bruchtheil des in der Brennerei gewonnenen Brautweins bis zum 31. Dezember des nächsten Betriebsjahres vollständig demontieren zu lassen, andernfalls für jedes nicht zur Demontierung gebrachte Hektoliter reinen Alkohols 15 Mark Brennsteuer zu bezahlen. Auf diese Weise soll dem Bestehen des Spiritusking entsprechend der Traubbrautwein so vermindert werden, daß der Ring weitere Preissteigerungen erzwingen kann. — Die Berliner Stadtverordnetenversammlung beschloß unter Aufhebung des in voriger Sitzung gefaßten Beschlusses, die Stelle des Bürgermeisters öffentlich auszuschreiben. Bewerbungen sollen bis zum 15. März entgegengenommen werden. — Mit Anerkennung ausländischer Polen geht die Polizei im Reichsgarde jetzt über. Allen aus Mähren a. d. Ruhr werden im Monat Januar 23 ausländische Polen ausgewiesen. — Ueber das Befinden der Kaiserin Friedrich, das schon seit langer Zeit zu wünschen übrig läßt, schreibt die „Mheinische W. Post“ von gut unterrichteter Seite, daß es sich um ein höchst ernstes, das mit einer unheilbaren Krankheit (auschließlich Krebskrebs) zusammenhänge. Es läßt sich nur noch darauf ankommen, die mit der Krankheit verbundene Schwere nach Möglichkeit zu lindern und den Eintritt der von den Ärzten als unvermeidlich angesehenen Krisis so weit als möglich hinauszuschieben. — Die geplante und unmittelbar das

Leben bedrohend die Krankheit sei, daß sie spreche der Umkehr, da der Kaiser und dessen Schwester wieder beständig in der Nähe der Mutter weilen. — Der französische Senat nahm das Budget für das Jahr 1901 mit einigen Abänderungen an. Dasselbe muß daher nochmal an die Kammer zurückgehen. Die Ministerkrisis in Italien ist dadurch gelöst worden, daß an anardi (Vorsitz) und Giolitti (Zunahme) das neue Ministerium gebildet haben. — In der Sahara, südlich von Alger, hat der französische General Serviere, der kürzlich eine Expedition nach der Tuat-Dase unternommen, drei aufrührerische Stämme ohne Widerstand unterworfen. — Kuba ist formell verfassunggebend worden, daß die drei Kohlenstationen verlangt, nämlich Havana, Cienfuegos und Santiago; ferner daß die Anerkennung der Mourosbolter und andere Bedingungen erfüllt werden, welche mit dem amerikanischen Protektorat gleichbedeutend sind. — In Indien ist in Benghal eine neue englische Provinz eingerichtet worden. Dadurch kommen die unzähligen Wälsiräume am Khabarpass unter direkte englische Verwaltung.

### Oesterreich-Ungarn.

Aus Budapest drahtet man dem „B. T.“: Mittwoch Mittag kam es im staatlichen Arbeitsvermittlungsbureau zu großen Ausschreitungen der Studenten. Etwa 1500 derselben stürmten das Lokal, wobei halb es zwischen diesen und der Polizei zu einem förmlichen Kampf kam, wobei die Polizei die blanken Waffen benutzte. Mehrere Personen wurden verletzt, 41 verhaftet. Ein zwölfjähriger Knabe wurde von der stürmenden Menge zertritten. Die Arbeitslosen versuchten einen förmlichen Straßenkampf, um die Verhafteten zu befreien, was ihnen jedoch mißlang. — Die Reportagephantasie scheint da viel übertrieben zu haben.

### Spanien.

Ueber Madrid ist nun auch, wie bereits angedeutet, der Belagerungszustand verhängt worden. Der spanische Ministerpräsident entthob dem Madrider Zivilgouverneur von seinem Posten und übergab infolge des Dekrets der Regentin die Verwaltung der Stadt der Militärbehörde. An allen Hauptpunkten der Stadt sind starke Kavallerie-Abtheilungen postirt. Die Verhängung des Kriegszustandes ist, wie dem „Hamb. Corr.“ aus Madrid gedrahtet wird, durch einen Nachtkampf in der Carreterastraße verursacht worden, wobei über 30 Personen verwundet wurden. Viele Personen sind verhaftet worden. In Valencia fanden ebenfalls schwere Ausschreitungen statt. Ein Arbeiter wurde beim Angriff auf das Jesuitenloster durch einen Schuß getödtet. — Ein Wolfes Bureau meldet, befinden sich unter den Manifestanten, gegen welche Mittwoch die Gendarmen vorging, sogar ein Kriegskommissar und ein Leutnant in Uniform.

### Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz. Die Londoner Blätter melden aus Kapstadt: Die hiesige Regierung und die Behörden erhielten die Nachricht, daß Christian Dewet und Präbstat Stein in die Kapkolonie eingedrungen seien und sich Philipstown bemächtigt hätten. Mittwoch seien sie von den britischen Truppen angegriffen und Verlust aus der Stadt wieder vertrieben worden. — Danach besteht kein Zweifel mehr, daß es dem fähigen Dewet gelungen ist, in die Kapkolonie einzudringen. Es fragt sich nur noch, ob die Kapländer jetzt den Muth haben werden, sich ihn anzuschließen.

Ein weiteres Telegramm aus Kapstadt berichtet: „In der Umgegend von Windsorfont sind Burenabtheilungen aufgetaucht. Wie aus Carnarvon gemeldet wird, ist eine schwache Burenabtheilung südlich von Sandvlei signalirt worden. Die Verbindungen zwischen diesem Orte und Kenhardt sind unterbrochen. Der Sekretär des dortigen Hülfenbundes ist unter der Beschuldigung des Verrathes verhaftet worden.“ Etwas tröstlicher klingt eine Meldung aus Pretoria vom 12. d. M. Sie lautet: „Oberst Babinson nahm bei einer Streife, die er von Ventersbop an machte, in Naampont ein kleines Burenkommando gefangen. Die Buren verteidigten sich hartnäckig und ergaben sich erst, als eine Anzahl von ihnen getödtet oder verwundet war.“ Wenn die englische Berichterstattung selbst von einem kleinen Burenkommando spricht, wird es sich wohl nur um ein Patrouille handeln. Eine andere Depesche sagt: „Die britische Garnison von Lydenburg wurde in der vergangenen Woche von den Buren angegriffen, ohne daß es jedoch zu einem ernstlichen Kampfe kam. Die Buren feuerten aus einem Geschütz, das sie auf einer Anhöhe bei der Stadt aufgestellt hatten, einige Schüsse in die Stadt und richteten auch Gewehrfeuer dorthin, das aber bei der weiten Entfernung wirkungslos blieb.“ — Am Port Elizabeth wird gemeldet: Ein heftiges Gefecht fand am 6. Februar zwischen 24 englischen Kavalleristen und einer Abtheilung Buren acht Meilen von Ballafel statt. Die Engländer standen überhöft den Buren gegenüber, die sofort einen Hügel besetzten, während die Engländer zwei andere Hügel einnahmen. Ein heftiges Feuer begann sofort. Die Buren verließen die Engländer zu umzingeln, wurden aber zurückgeschlagen. Erst als sie Verletzungen erlitten hatten, gelang es ihnen, bei einer zweiten Umgehung die Engländer zu Uebergabe zu zwingen, die sie, nachdem sie ihnen die Waffen abgenommen hatten, wieder frei ließen, indem sie dieselben auf forderten, ihre Verwandten mitnehmen und zu versorgen. — In Transvaal haben die Buren die Delagoabahnlinie zwischen Middelburg und Uitsyl dadurch neuerdings unterbrochen, daß sie einen Viadukt in die Luft sprengten, wobei zwei Engländer und drei Koffern, die den Uebergang auf einer Sowry passierten, getödtet wurden.

Im nördlichen Transvaal sollen deutsche Ansiedler von den Buren ausgewiesen worden sein. Sie sollen bei den englischen Militärbehörden am Benaar-Staß um Aufnahme gebeten haben. — Anscheinend handelt es sich bei dieser Nachricht um eine englische Windbeutelerei.

Die englischen Verluste in Südafrika waren nach der eben erschienenen Berichterstattung im Monat Januar bedeutend größer als im Dezember. Im Dezember verlor die Armee 118 Offiziere und 2306 Mann, letzten Monat dagegen 106 Offiziere und 3251 Mann. Davon sind im Geseht oder durch Unfälle ums gekommen: 17 Offiziere, 206 Mann; Krankheiten erlegten: 14 Offiziere, 594 Mann; in Gefangenschaft gerathen: 10 Offiziere, 2169 Mann. Die letzten Berichte aus den Spitalern zeigen, daß das enterische Fieber nicht nur wieder zunimmt, sondern auch in viel höherer Geseht auftritt. Durch Tod hat die britische Armee in Folge des Krieges im Ganzen verloren: 639 Offiziere und 12.619 Mann.

### China.

Vom Chiuatwihwar. Das diplomatische Korps in Peking erließ eine Befehlsmachung, wonach die ausländischen Eigentümer von Grundstücken in dem Fremden- und Gesandtschaftsviertel den Grundbesitzer die Verpfändung vorzuziehen haben. — Das



„Reuter'sche Bureau“ meldet über Newport aus Beijing vom 18. Februar: Der Kaiser Kuangshu hatte an die Gesandten das Gesuch gerichtet, sich damit einverstanden zu erklären, daß die schuldigen chinesischen Würdenträger sich selbst das Leben nehmen; nachdem aber drei Würdenträger sich geweigert hatten, diesen Schritt zu thun, zog der Kaiser das Gesuch zurück und telegraphirte an den Prinzen Tching, daß, als der Hof den Bedingungen der Note zugestimmt hätte, in dieser nur eine von den chinesischen Beamten begangenen Verbrechen angemessene Bestrafung verlangt sei, daß folglich, wenn die Hauptschuldigen auch den Tod verdienten, die anderen doch in anderer Weise zu bestrafen seien. Die Gesandten erwiderten angeblich, daß auch die am wenigsten Schuldigen den Tod verdienten und daß alle mit dem Tode zu bestrafen seien, da es keine schlimmere Strafe gebe.

Die achte Verlustliste des deutschen ost-asiatischen Expeditionskorps ist erschienen. Es sind an Krankheit 17 Mann gestorben; in dem Gefecht bei Matou ist Kanonier Hahnich von der I. Batterie ostasiatischen Feldartillerie-Regiments und im Gefecht bei Pop-hu Oberst Freiherr v. Pirchberg von demselben Regiment leicht verwundet worden. Beim Salutschießen am 1. Januar (Beitang-Fort) sind, wie f. St. schon gemeldet, 8 Mann getödtet, 18 verwundet worden.

## Lübeck und Nachbargebiete.

Freitag, den 15. Februar

**Achtung, Holzarbeiter! Vergeßt nicht die heutige Arbeitslosenzählung!** Auch die in Arbeit Stehenden wollen ihren Fragebogen gewissenhaft ausfüllen!

**Streikpostenverordnung.** Die „Frankf. Btg.“ macht noch folgende beachtenswerthe Bemerkungen: „Zu dem hier und da über das Reichsgerichts-Urtheil, welches das Lübecker Streikposten-Verbot für ungiltig erklärt, entstandenen Jubel liegt, wie wir von vornherein betont haben, kein Anlaß vor. Denn was das Reichsgericht auf der einen Seite gut gemacht hat, hat es auf der andern Seite durch die liebenswürdige Einladung, Polizeiverordnungen auf Grund des § 366 Abs. 10 des Strafgesetzbuches zu erlassen und in diesem Sinne anzuwenden, wieder verborgen, ja sogar noch schlimmer gemacht. In der That liegen schon jetzt Nachrichten aus Bremerhaven vor, wo von der Polizei jeder Streikposten einzeln aus der Straße weggeführt wird. Es sind bereits Strafverfahren wegen Uebertretung einer Polizeiverordnung eingeleitet. Diese liegt uns in einem amtlichen Wortlaut nicht vor. Wenn wirklich an beiden Orten die gleiche Verordnung bestehen sollte, so müßte, da Bremerhaven auf bremischem, Seestemünde auf preussischem (hannoverschem) Gebiete liegt, eine Art Vereinbarung unter den Regierungen stattgefunden haben. In sozialdemokratischen Blättern wird der Haupttheil der Polizeiverordnung wie folgt wiedergegeben:

„1. Der zur Erhaltung der Sicherheit und Bequemlichkeit auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen ergangenen Aufforderungen der Aufsichtsbeamten ist unbedingt Folge zu leisten. 2. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 30 Mk. oder mit entsprechender Haft bestraft.“

Dieser Wortlaut ist im Wesentlichen eine Nachbildung des § 132 der Straßen-Polizeiverordnung für Berlin, die auch den polizeilichen Straßenreglements für andere Städte zu Grunde gelegt ist. Wir sind der Ansicht, daß auch eine derartige Bestimmung ungiltig ist. Die Verpflichtung zum „unbedingten“ Gehorsam ist unsittlich und kann auch durch Polizeiverordnungen nicht eingeführt werden. Bei aller Verschiedenheit religiös-moralischer Ansichten herrscht Uebereinstimmung darüber, daß seit Aufhebung der Sklaverei der Wille eines Menschen unter den Willen eines andern Menschen niemals in der Weise untergeordnet werden darf, daß diese Unterordnung eine unbedingte ist. In der That hat man nirgends eine derartige unbeschränkte Unterordnung durchzuführen gewagt, nicht einmal bei dem militärischen Fahnenziehe. Obgleich Artikel 64 der Reichsverfassung vorschreibt, daß alle deutschen Truppen verpflichtet seien, den Befehlen des Kaisers „unbedingte“ Folge zu leisten, und daß diese Verpflichtung in den Fahnenziehe aufzunehmen sei, ist dies dennoch nicht geschehen, in der Formel des Fahnenziehes heißt es nämlich „genaue Befolgung.“ Jedenfalls hat man es mit der Heiligkeit des Eides nicht für vereinbar gehalten, in seine Formel eine Verpflichtung aufzunehmen, die mit den Geboten der Sittlichkeit nicht im Einklang stände. Nach dem Wortlaut der obigen Polizeiverordnung würde sich Jemand strafbar machen, wenn er dem Befehle des Schutzmannes, einen Andern todtzuschlagen, keine Folge leistete! Aber auch abgesehen von dem Worte „unbedingt“ sind derartige Polizeiverordnungen ungiltig. Wenigstens auf § 366<sup>10</sup> des Reichs-Strafgesetzbuches können sie nicht gestützt werden. Nach diesem Paragraphen wird strafbar, wer die zur Erhaltung der Sicherheit u. auf Straßen erlassenen Polizeiverordnungen übertreitet, d. h. der Paragraph giebt der Polizei das Recht, durch allgemeine Verordnungen das Verhalten auf Straßen zu regeln (z. B. Rechtsfahren der Fuhrwerke, Auslegung der Waaren vor Läden u. c.) er giebt ihr aber nicht das Recht, einzelnen Menschen Befehle oder Verbote zu ertheilen. Wenn nun die Polizei sich dieses Spezialrecht dadurch nehmen will, daß sie in die allgemeine Verordnung hineinschreibt, der Schutzmann solle jenes spezielle Recht haben, so ließe dieses darauf hinaus, daß der Polizeipräsident selbst zwar das Recht kraft Gesetzes nicht hat, es aber seinem Schutzmann übertragen kann. Wenn die Streikposten-Verbote die öffentliche Aufmerksamkeit auf die lauschaftigen Straßen-Polizeiverordnungen lenken, so haben sie wenigstens ein Ziel.

Ueber den Auktionsverkauf soll nach einer Mitteilung der Handelskammer demnächst Näheres der Öffentlichkeit bekannt gegeben werden. — Zeit wird's aber nachgerade auch! Die Frage ist doch längst spruchreif!

Mit den bevorstehenden Bürgerchaftswahlen hat sich am Mittwoch bereits der Vaterstädtische Verein beschäftigt, indem er die Zweigkomitees für dieselben wählte. Die „Lüb. Anz.“ begleitet diesen Vorgang mit folgender Bemerkung: „Nunmehr auch die richtigen Kandidaten aufgestellt und hierbei vor Allem nicht wieder Fehler gemacht werden, wie wir sie aus Anlaß der Wahlen von 1899 zu rügen berechtigten Grund hatten! Vor Allem — das wollen wir betonen — keine schwächlichen Kompromisse mit Leuten, deren politische und kommunale Interessen den Aufgaben und Zielen eines vaterstädtischen Vereins strikte zuwiderlaufen!“ Wir bezweifeln keinen Augenblick, daß diese Aufforderung, dem Bürgerrechtsvereine die Zeltgenossenschaft aufzukündigen, strikte befolgt werden wird. — Es scheiden in diesem Jahre außer den bereits bekanntgegebenen Vertretern der Landbezirke folgende Mitglieder der Bürgerchaft aus resp. sind bereits ausgeschieden: I. Marien-Magdalenen-Quartier und Moislinger Seite von St. Lorenz: Kaufmann Alm, Landrichter Dr. Benda, Zimmermeister Blundsen, Rentier A. Brehmer, Oberbeamter Dr. Gädcke, Kaufmann Kahns, Fabrikant Wilsen, Zimmermeister Rittscher, Schlossermeister Schnell, Landrichter Dr. Sommer, Fabrikant K. Thiel, Hauptpastor Trummer. II. Marien-Quartier und Schwarztauer Seite von St. Lorenz: Konsul Fehling, Schlachtermeister Just, Kaufmann Gaedert, Gastwirth Holt, Fabrikant Schärfse, Kaufmann Legtmeyer. III. Jacobi-Quartier und St. Gertrud: Kaufmann J. H. F. Evers, Schmiedemeister Heyd, Kaufmann Marth, Rechtsanwalt Dr. Prieß, Zimmermeister Schwarzkopf, Tischlermeister Stiegmann, Rechtsanwalt Dr. Vermehren, Kaufmann Westpfahl, Arzt Dr. Ziehl. IV. Johannis-Quartier und St. Jürgen: Professor Dr. Baethcke, Kaufmann Behncke, Oberlehrer Bödeker, Kaufmann J. H. Evers, Kaufmann Köhler, Kaufmann Scharrf, Tischlermeister Schwarzkopf, Gärtner Bollert.

Eine sonderbare Geschichte erzählt der „Gen.-Anz.“: „Wie bereits bekannt sein dürfte, hat ein hiesiger Herr eine namhafte Summe gestiftet, um den bei den Löscharbeiten beim Brand des St. Jakobskirchthurms beschäftigten Beamten und Handwekern eine Anerkennung zukommen zu lassen. Während nun einzelnen Oberbeamten die Anerkennung in klingender Münze zutheil wurde, ist, wie man uns mittheilt, von dem Rest der Summe, 850 Mk., für die Unterbeamten (Oberfeuerwehrlente und Feuerwehrlente) eine Darlehnskasse gegründet worden. Mit der Gründung der Letzteren sind die Feuerwehrlente natürlich nicht einverstanden, zumal es auch wohl nicht die Absicht des großmüthigen Gbers gewesen zu sein scheint, den Unterbeamten die wohl verdiente Gratifikation vorzuenthalten.“

**Verbandsrat der Werftarbeiter in Fleussburg.** Nach langer Debatte wurde beschlossen, eine Krankenzuschusskasse (wie Maler und Schneider sie haben) zu gründen. Der Vorstand soll das Weitere besorgen. Ferner ward mit 24 gegen 4 Stimmen beschlossen: 1. Die Erhöhung des Wochenbeitrags von 15 auf 20 Pfg. 2. Abführung von 75 pCt. der Einnahmen an die Hauptkasse. (Bisher wurden 50 pCt. abgeführt.) 3. Die Anstellung eines beidseitigen Beamten. Das Fachblatt soll in Zukunft monatlich statt nach Bedarf erscheinen. Die Erhöhung des Eintrittsgeldes auf 50 Pfg. ward abgelehnt, desgleichen ein Antrag Lübeck, wonach zur Gründung eines Reserfonds sämtliche Zahlstellen verpflichtet sein sollten, von dem am 1. Januar er. vorhandenen Kassensbestande 50 pCt. an die Hauptkasse abzuführen. Dafür ward ein Vorstandsantrag angenommen: „Sämmtliche Kassensbestände in den Zahlstellen sind, wenn erforderlich, auf Verlangen des Vorstandes an die Hauptkasse abzuführen.“ Mitglieder, welche wegen Schulden ausgeschlossen wurden, sollen in Zukunft 1,50 Mk. Eintrittsgeld bezahlen und als Neueintretende betrachtet werden. Der Verbandsbeamte soll bereits zum 1. März angestellt werden. Die Einführung des erhöhten Beitrages soll am 1. April d. J. erfolgen; ebenso soll an diesem Tage die Berechnung der 75 pCt. an die Hauptkasse in Kraft treten. Bezüglich des anzustellenden Beamten wird noch beschlossen: „Der erste Vorsitzende ist als beidseitiger Beamter anzustellen.“ Derselbe hat die Kassensführung zu übernehmen, die Zeitung zu redigieren und nach Kräften die Agitation zu fördern. Sollte er den Interessen des Verbandes zuwiderhandeln, so haben Vorstand und Ausschuss mit dreiviertel Mehrheit das Recht, ihn seines Postens zu entheben. Diese haben alsdann die Wahl des Nachfolgers bis zur nächsten Verbands-Generalversammlung vorzunehmen. Ordnungsmäßige Entlassung des Beamten bedingt eine vorhergehende dreimonatliche Kündigung. Veruntreuungen schließen jede aus.“

Die Schwefelsäure- und Superphosphatfabrik, welche bekanntlich auf der Theerhofsinsel geplant ist, hat zunächst in Fischerkreisen Bedenken erregt wegen der Fäulnis, es möchte durch giftige Abwässer für die Fischerei unabsehbarer Schaden angerichtet werden. Die Möglichkeit ist von maßgebender Seite in Abrede gestellt worden. Jetzt melden sich die Bauern. Im landwirtschaftlichen Vereine hat der durch die Zündholzsteuer bekannte Chemiker Wezle sich bemüht, die Befürchtung zu zerstreuen, es könnten durch die Verbreitung der Schwefelsäure im Rauch die Kulturgewächse der Umgegend gefährdet werden. Es wurde jedoch von Zuhörern bewiesen, daß die Gefahr der Pflanzenvergiftung eine bedeutende sei, sodas ihr nur durch die Erbauung sehr hoher Schornsteine vorgebeugt werden könne. —

Noch ist es Zeit, die nöthigen Vorkehrungen zur Sicherheit anderer Erwerbszweige den Industriellen vorzuschreiben!

**Schlechte Zeiten!** Die Zahl der Bettler und Obdachlosen, welche der Polizei verfallen, ist nach wie vor eine ungewöhnlich große. Hinzu kommen noch „Hausfriedensbrecher“, welche man von den warmen Kaminen der Ziegeleien aus dem Freiquartier herausholt.

Ueber die Handelsverträge und Getreidezölle wird am Donnerstag, den 21. d. Mts., Abends 8 Uhr, Vorstand Stiller in einer öffentlichen Mitglieder-Versammlung des Handelsvertragsvereins im Casino sprechen.

**Unternehmerpraktiken vor dem Reichsgericht.** Der im Schlepptau des Hamburger Arbeitgeber-Verbandes segelnde Verein der Stauer hat versucht, durch das bei Arbeitern stets mit so horrenden Strafen belegte Mittel der Berufserklärung die dem Verein fernstehenden Hamburger Stauer zum Beitritt in den Verein zu zwingen, ohne daß Polizei oder Staatsanwaltschaft dagegen einschritten. Um sich trotzdem des Zwanges des Vereins zu erwehren, hat in einem Falle ein Stauer sich genöthigt gesehen, den Weg der Zivilklage gegen den Verein und dessen Vorsitzenden, den Stauer Gustav Linz, zu beschreiten. Linz hatte nämlich als Vorsitzender des Vereins der Stauer Hamburg-Altona von 1886 am 5. Februar 1898 an die Rhebfirma W. Bomben u. Co. in Liverpool folgenden Brief gerichtet:

„Es besteht eine Vereinigung von Stauern Hamburg-Altona, die es unternimmt, Schiffe, die diesen Hafen anlaufen, zu ent- und beladen, auf Grund eines von der ganzen Vereinigung festgestellten Tarifs. Außerdem giebt es hier einige nicht erstklassige Stauer (Stevedores not of first class), die nicht zu dieser Vereinigung gehören und die deshalb nicht den Tarif anerkennen. Diese abseits stehenden Stauer (outside Stevedores) werden niemals von Schiffmaklern und Agenten angenommen, aber sie finden Beschäftigung, indem sie ihre Dienste Jedermann anbieten. Es ist den Kapitänen nicht zu empfehlen, solche Stauer zu engagieren, da sie immer Gefahr laufen, erheblich überbortheit zu werden. Ein sehr schlagendes Beispiel hiervon ist die Thatsache, daß Kapitän James von Ihrem Schiffe „Subbroot“ einen solchen abseitsstehenden Stauer engagirt hat, dem er ungefähr 10 bis 15 Pfund mehr bezahlt hat, als er an die Steuer der Vereinigung zu zahlen gehabt haben würde.“

Der im letzten Passus des Briefes bezeichnete Stauer war der Stauer M. Derselbe fühlte sich durch den Brief, der ja eine Berufserklärung in optimo forma bedeutet, in seinem Gewerbe erheblich geschädigt und strengte gegen Linz und den von diesem vertretenen Verein eine Klage auf Unterlassung an, die er auf das Gesetz, betreffend den unlauteren Wettbewerb, stützte. Diese Klage wurde von der Hamburger Handelskammer III kostenpflichtig abgewiesen. M. ließ durch die Dres. Suse und Pessler Berufung einlegen. Die IV. Zivilsenat des Hanseatischen Oberlandesgerichts gab dann der Klage insofern statt, als er dem Verein der Stauer und dessen Vorsitzenden Linz bei einer Strafe von 300 Mk. für jeden Uebertretungsfall verbietet: „die Behauptung zu wiederholen, oder zu verbreiten, daß Derjenige, der den Kläger als Stauer engagirt, Gefahr laufe, überbortheit zu werden.“ Die gesammten Gerichts- und Anwaltskosten wurden den Beklagten auferlegt. Natürlich legten die von Dr. Antoine-Feil vertretenen Beklagten Revision beim Reichsgericht ein. Jedoch hat der II. Zivilsenat des Reichsgerichts die Revision kürzlich als unbegründet verworfen und die Kosten der Revisionsinstanz auch den Beklagten auferlegt. Auch das Reichsgericht hat in Uebereinstimmung mit dem Oberlandesgericht festgestellt, daß die Beklagten über die gewerblichen Leistungen des Klägers Behauptungen thätiglicher Natur aufgestellt haben, die der Wahrheit nicht entsprechen, und daß sie dadurch gegen den § 6 des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb gefehlt haben. Welchen Zweck hatten nun aber diese unwahren Behauptungen über den Kläger? Keinen anderen, als dem Kläger wirtschaftliche Nachteile zuzufügen und ihn dadurch zum Eintritt in den Verein der Stauer, also eine Unternehmerorganisation, zu zwingen, die den ausgesprochenen Zweck hat, ihren Mitgliedern bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen in jeder Hinsicht zu verschaffen. Arbeiter sind wegen angeblich der gleichen Handlungsweise zu ungezügelter Malen mit schweren Gefängnisstrafen verurtheilt worden. Was geschieht den Unternehmern — — — ?

Der Vaterstädtische Verein hat im vorigen Jahre bei einer Einnahme von 709,78 Mk. ein Defizit von 229,66 Mark erzielt.

Aus der Theaterkassette wird uns gemeldet: „Wilhelm Tell“ gelangt morgen, Sonnabend, als Schluß- und Volksvorstellung bei kleinen Preisen zur Wiederholung. Die Titelfolle spielt diesmal Franz Ludwig. — Sonntag geht als Fremdenvorstellung Nachmittags 4 Uhr bei halben Schauspielpreisen Sudermann's „Sodom's Ende“ in Scene. Abends wird zum 7. Male die zugrätige Operette „Die Puppe“ aufgeführt.

Im Circus Variete finden auch noch am Sonnabend und Sonntag Vorstellungen statt, nachdem sich der Spielplan als so zugrätig erwiesen hat.

Freigesprochen hat das Oberkriegsgericht in Altona den hier wegen Gehorsamsverweigerung vor versammelter Mannschaft zu 43 Tagen Festung verurtheilten Einjährigen Dralle.

Schöffendienste verrichten vom 16.—28. Februar Kaufman J. H. E. Lesschau und Photograph C. E. Tesdorpf.

Der Vorsitzende des hiesigen Schöffengerichts hat in einer Strasssache gegen einen Schöffenteilerling wegen Körperverletzung sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß die Anwendung der Prügelstrafe nicht mehr gestattet sei. — Wir registriren dies Zeichen der Zeit.

Die Strandföhre kann bis auf Weiteres nur in den Stunden von 5 1/2 bis 8 1/2 Uhr Nachmittags, 11 bis 2 Uhr Mittags, 4 bis 7 Uhr Nachmittags paffirt werden.



**Wegen versuchten Fährdiefstahls** wurden die Händ-  
ler **Schoman** und **Hermann** zu 1 resp. 2 Jahren  
Zuchthaus verurtheilt. Der verunglückte Raubzug, für  
den sie zu büßen haben, wurde in **Kl. Timmendorf**  
ausgeführt.

**Stodeldorf.** Zu drei Jahren Zuchthaus  
und Ehrverlust von gleicher Dauer verurtheilt die Lü-  
beker Strafkammer den häufig vorbestraften Arbeiter  
**Kiefer** von hier, welcher sich in mehreren Fällen des  
Kofferdiebstahls schuldig gemacht hat und bei einem Dieb-  
stahlversuche in einer Wirthschaft in der Mühlenstraße  
schließlich abgefaßt wurde. Seine sehr große Familie  
ist also auf drei Jahre auf öffentliche Unterstützung an-  
gewiesen.

**Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete.**  
Der Arbeiterverein in **Syede** hatte im Vorjahre ein Anwachsen  
der Mitgliederzahl von 130 auf 170 zu verzeichnen. Für die be-  
vorstehende Stadtverordnetenwahl ward Genosse **Reimer**  
**Schröder** als Kandidat aufgestellt. — Der sozialdemokratische  
Verein für **Hamburg III** hatte im vorigen Jahre eine Ein-  
nahme von 38 122,58 M. An den Parteivorstand in Berlin  
wurden 10 000 M. überwiesen. In den Landgemeinden sitzen in  
8 Gemeinden 21 Vertreter unserer Partei und zwar in Gr. Borstel  
6, Billwärder 3, Geesthacht 7, Bergedorf, Alsterdorf, Ohlsdorf,  
Kl. Ohlsdorf und Spadenland je einen Vertreter. Ohne Erfolg  
haben noch Wahlen stattgefunden, an denen wir theilhaftig waren,  
in Fuhlsbüttel, Kl. Borstel, Vangenhorn, Neuenhummel und Cux-  
haven. An Versammlungen wurden 247 arrangiert. Die Statistik  
ergibt eine Mitgliederzahl von 6575 Mitgliedern, davon 375  
Frauen; das ist eine Zunahme im letzten Jahre von 559 Mitglie-  
dern. Beschlossen ward, die Delegirtenwahl zum Parteitag in  
Mitgliederversammlungen vorzunehmen und in den Vorschlagsver-  
sammlungen darüber abzustimmen, welche Kandidaten auf die Kan-  
didatenliste kommen sollen. Der Antrag, die Beiträge abholen zu  
lassen, ward abgelehnt. — Vor der **Hamburg**er Strafkammer  
hatten sich dieser Tage der **Kantner Carl Paul** und der **Ra-  
schinenbauer Paul Dittmann** wegen Urkundenfälschung bezw.  
wegen unbefugter Annahme eines öffentlichen Amtes zu verant-  
worten. In Hamburg existirt eine **Reizarbeitwilligenorganisation**

mit dem rührenden Titel „Humanität“. Die Angeklagten sollen  
nun unbefugter Weise Einladungen an die Mitglieder dieses Ver-  
eins gesandt haben, mit der Unterschrift „der Vorstand.“ (Urkunden-  
fälschung.) Dittmann soll weiter einige Leute zur Durchführung  
eines Strafantrages gegen die Veröffentlichung der Mitgliederliste der  
„Humanität“ angehalten und sie „durch sein herrisches und  
barisches Auftreten in die Meinung versetzt haben, daß er  
Polizeibeamter sei.“ Ausgegeben hat er sich natürlich nicht  
als solchen. Es handelt sich offenbar um einen auf die geistige  
Minderwertigkeit der Arbeitwilligen ausgebauten Schabernack.  
Das Gericht konnte aus der Sache nicht klug werden. Der Vor-  
sitzende erklärte, er könne wohl Akten lesen, aber so konfuse Berichte,  
wie die des in dieser Sache thätig gewesenen Polizeibeamten, seien  
ihm noch nicht vorgekommen. Selbstverständlich erfolgte **T o s e n-  
t o s e** Freisprechung.

**Kleine Chronik der Nachbargebiete.** Die detachirte  
Strafkammer in **Schönberg** verurtheilt einen Knecht aus  
**Falkenberg**, welcher bei einem Entree in **Kl. Altona**, den  
fortigen Holländer durch einen Wasserfisch lebensgefährlich verletzte,  
zu 1 1/2 Jahren Gefängnis. — Beim Experimentiren mit **T y p h u s-  
Bazillen** hatte sich der am hygienischen Institut der Univer-  
sität Kiel als zweiter Assistent thätige **Dr. med. Julius**  
**Soman** eine Infektion zugezogen. Hierdurch schwer erkrankt,  
mußte der junge Arzt in die abthemische Heilanstalt überführt werden,  
wo selbst er am 11. Februar verstorben ist. — Das Torpedoboot  
„D 3“, Kommandant Kapitänleutnant **Vangemal**, ist auf einer vier-  
tägigen Übungsfahrt mit **Neutruten** der 1. Torpedodivision be-  
griffen, **Mittwoch** bei **Stralsund** gestrandet. Die Lage des  
Schiffes soll unbedenklich sein. Das Torpedoboot „S 94“ ist am  
**Mittwoch** **Abend** 12 Uhr zur **Hülfleistung** in See gegangen. —  
In der bekannten **Transvaal**goldaffäre wegen Beschlagnahme der  
dreißig Kisten **Rohgold** auf dem Dampfer „**Bundesrath**“ wies die  
Civilkammer 2 des Landgerichts **Hamburg** die **Widerlage** der  
**Bank „Allianz“** in **Berlin** kostenpflichtig ab. Die Klägerin, welche eine  
große Forderung an die **Transvaal**regierung hat, hatte behauptet,  
das betreffende **Gold** sei thätlich **Eigenthum** der **Transvaal**-  
regierung. Die **Zeugenaussagen** ergaben jedoch das **Gegentheil**  
dieser Behauptung. — Der **Hamburger** Dampfer „**Drake**“ ist mit  
brennender **Ladung** in **Oporto** angekommen.

**Lübeker Stadttheater.**

„Das Glückchen des Eremiten“, das stets, wie die Sage

in dem **Ebenendorfer** ging, zu läuten anfang, wenn eine Frau  
ihrem Manne die eheliche Treue brach, ist nach längerer Pau-  
se auch einmal wieder in unserem Theater erklingen. Es ist mer-  
würdig um diese komische Oper des französischen Liedtichters  
**Maillard** bestellt: trotz mancher musikalischen Schönheiten hat  
sie sich nie so recht auf der Bühne behaupten können. Nur vor  
Zeit zu Zeit taucht sie immer noch einmal aus der Verleugnung  
auf, um aber alsbald bald wieder von der Bildfläche zu ver-  
schwinden. Die **Neu-Einführung** der Oper, wie man sie  
uns am **Donnerstag** im **Stadttheater** vorlegte, ließ leider  
noch vielfach die nöthige Sorgfalt vermissen. Ein  
großer Theil der Sänger beherrschte seine Aufgabe in noch viel  
genügendem Maße; besonders bei dem gesprochenen Text mußte  
der **Soubrette** sehr, sehr oft den **Noten** spielen und **trödeln**  
entstanden noch häufig genug **bedenkliche** **Kunstpausen**. Von der  
Trägerin der Hauptrolle, **Fräulein Rowa** (**Rose Frignot**) gilt das  
Beste allerdings nicht. Sie beherrschte ihre Rolle völlig. In  
lebhaftem, munterem Spiel, das mit einer guten Dosis Schelmerei  
aber nicht Koketterie, gewürzt war, sowie ihre gefangliche Leistung  
verzeihen sich zu einer recht ansprechenden Gabe. Ihre Arie „**Je  
suis si malade**“, o süßes Wort“ hätte allerdings gefanglicher besser aus-  
fallen können. Auch **Willi Bonin**, der den reichen **Baron**  
**Thibaut** spielte, erfreute durch eine in jeder Beziehung einwand-  
freie Leistung. **Ilse Linden** sang **Thibauts** Frau, die **Georgette**.  
Sie bemühte sich rechtlich, ihrer Aufgabe gerecht zu werden und es  
gelang ihr auch vielfach. Das **provenzalische** **Lied „Blaise gin-  
zur See“** hätten wir uns etwas **ausdrucksvoller** gewünscht und  
das **Spiel** im **Großen** und  **Ganzen** weniger **nerblich**  
Doch davon abgesehen war es eine recht **achtbare**  
Leistung. Den **Knecht Sylvain** sang **Willi Saville** mit seinen  
ansprechenden **Tenor**; bei dem gesprochenen **Dialog** hatte der  
Sänger dagegen in recht **unliebsamer** Weise mit der **Sprache**  
**kämpfen**. Zu seiner **Entschuldigung** mag dienen, daß er **Ausländer**  
ist. **Frisch** und **fröhlich** sang **Wihelm Kruse** den **Dragoner**  
**unteroffizier** **Belamy**. Alles in Allem konnte die **Vorstellung** nicht  
gerade **begeistert** wirken: die **Ursachen** haben wir bereits oben an-  
gedeutet. Bei einer **Wiederholung** dürften die **gerügten** **Mängel**  
jedoch **verschwunden** sein. Die **Chöre** gingen im **Ganzen** gut. Die  
Leistung der **Oper** lag in den **bewährten** **Händen** des **Kapellmeisters**  
**Behs**

**Kanariener-Edel-Roller u. Zucht-  
Weibchen** billig. Weiter **Krambuden** 4

**Gute Cigarren**  
100 Stück 2,90 M.  
Mittlere **Johannisstraße** 17-19.

Sonnabend:  
**Frische Grätkwürst, Brodwurst,  
Kopffleisch und Schwarzsauer**  
empfehlen

**W. Lemcke, Röntg, Ecke Wehlerstraße.**

für den Winterbedarf  
**Brennholz, Bohlenenden.**

**Th. Kruse, Untertrave** 60.

**Kinderwagen, Puppenwagen  
und Sportwagen**  
empfehlen billig **K. Nielsch jun.,**  
**Kortmacker, Ebnethstraße** 72.

**Deutscher  
Metallarbeiterverband**  
Sachliche Säbed.

**Mitglieder-  
Versammlung**  
am **Sonnabend** den **16. Februar**

**Abends 8 1/2 Uhr**  
im **Vereinshaus, Johannisstr. 50/52**

**Tages-Ordnung:**

1. Kartellbericht
  2. Kandidatenvorschläge zur Generalsammlung
  3. Jüngere Angelegenheiten
  4. Fragestunde. Berichtlesen.
- Um pünktliches Erscheinen ersucht  
Die Ortsverwaltung.

**Keller- u. Comptoirräume, sowie Stallung etc.**  
in oder außerhalb der Stadt von einer auswärtigen Brauerei zu miethen  
gesucht. Offerten unter **K C** an die **Expeditio** d. **Bl.** erbeten.

**Oeffentliche  
Schneider-Versammlung**  
am **Sonntag** den **17. Februar**  
**Nachmittag 4 Uhr**  
im **Vereinshaus, Johannisstrasse 50/52.**  
**Tages-Ordnung:**  
**Berichterstattung der Lohncommission über die Ver-  
handlungen mit den Arbeitgebern.**  
Pflicht eines jeden Kollegen ist es, pünktlich zu erscheinen.  
**Die Lohncommission.**

**Logis zu vermieten** **Reiherstraße 4.**  
**Carl Freitag**  
Heise Nachflg.  
**33 • Fischergrube • 33**  
empfehlen sein  
**Schuhwaaren-Lager.**  
**Reparaturen prompt und billig.**

**Gemeinschaftliche  
Versammlung**  
des  
**Verbandes der  
Hafenarbeiter**  
und verw. Berufsgen.  
am **Montag** den **18. Februar**  
**Abends 8 1/2 Uhr**  
im **Vereinshaus, Johannisstr. 50/52**  
**Tages-Ordnung:**  
1. Abrechnung des Generalbevollmächtigten für  
das 4. Quartal.  
2. Der Lohnsatz der Schauerleute.  
3. Unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse im  
Allgemeinen.  
**Der Generalbevollmächtigte.**  
**NB.** Die Mitglieder sämtlicher vier  
**Lohncommissionen** werden gebeten zu er-  
scheinen.  
Die Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.

**Frisches Kopffleisch**  
und  
**Brodwurst**  
auch **Bratenschmalz**  
à Pfd. 40 Pfg.  
empfehlen **Aug. Scheere**  
Thüringer Wurstfabrik.

„Zum rothen Löwen.“  
Sonntag den 17. Februar 1901:  
**Tanzkränzchen.**  
**Vereinshaus.**  
Grosser Saal.  
Fernsprecher 225. Fernsprecher 225.  
**Nur einen Abend.**  
Am **Dienstag** den **19. Februar:**  
**Gr. humor. Concert**  
bestehend in  
ernsten und heiteren Gesangs-  
vorträgen, **Complets** u. s. w.  
ausgeführt von den Herren  
**Boleslaus Strzelewicz, Bankow**  
b: i Berlin.  
**David Waschinsky, Berlin.**  
**Wilhelm Vogel,** „  
**Hugo Kröcker,** „  
Unter andern gelangt zur **Aufführung:**  
**Eine Festrede**  
oder:  
**Folgen einer Zeitungs-Annonce.**  
Humoristisches Ensemble.  
Personen:  
**Gustav Schuller, Kaufmann.**  
**Bullrich, Musiker.**  
**Stöbel, Sänger.**  
**Abrahamsohn, Heirathsbemittler.**  
**Grosbrosch, Vogelhändler.**  
**Rosalie Pimpernel.**  
**Puffelmann, Rentier**  
**Musikanten.**

Eintrittskarten à 25 Pfg. sind im **Vorhand**  
zu haben bei **Ludwig Puls, Gr. Bruckstr.,**  
**Carl Wittfoot, Hügelstraße 18, Wilh.**  
**Menschel, Untertrave 53,** und im **Ver-**  
**einshaus.**  
**Saalloffnung** 8 Uhr. **Anfang** 8 1/2 Uhr.

**Stadt-Theater.**  
Sonnabend den 16. Februar.  
(137) 31. Vorstellung außer Abonnement.  
**Schüler- und Volksvorstellung**  
bei **keinen** **Preisen.**  
**Wilhelm Tell.**  
Tell — **Franz Ludwig.**  
Sonntag den 17. Februar.  
**Nachmittags 4 Uhr:**  
Bei **halben** **Preisen.**  
**Sodoms Ende.**  
Abends:  
**Die Puppe.**

**Obst!**  
Durch viele Bemerkungen ist es mir gelungen, noch eine große Sendung, bestehend  
aus grünen und roten Tafeläpfeln, wie: echte Gravenstener, Roman, Böhmung,  
Goldemann, Amsterdamer, Ströwing, Keimlinge und andere Sorten mehr zu bekommen, auch  
Kochäpfel und Korbäpfel, und zwar Alles durch vortheilhafte Einkauf noch zu billigerem  
Preise abgeben. Da dies vornehmlich die letzte große Sendung, welche ich in diesem  
Winter an **ausgesuchtem Tafelobst** erhalte, sein wird, werde ich ein vortheil-  
haftes Geschäft von **Äpfeln** und **Korben**, ganz besonders meine werthen Kunden, hierauf auf-  
merksam und bitte durch mein Unternehmen gütlich mitzubedenken zu wollen.  
**Ferner empfehle:** Tafeläpfel in großer Anzahl, à Stück **100** von  
3 Pfg. an, **Wassersüß**, groß und klein, je nach Maß 5 Pfg. 50 Pfg. **Pinkapfel** 5 Pfg.  
1,50 und 2 M. **Spanische Reismäntel** 10 Pfg. **Korben**, ganz, halbe oder te Brucht,  
3,25 Pf. **Pasteten, Fricas** und **Reisgerichte** 5 Pfg. **Borsten** 2 Stück 15 Pfg. **Sach-**  
**stck** **Wassersüß**, **Semmel** und **Conserve** **billig**  
**Frische Necklenb. Land-Eier, 10 Stück 85 Pfg.**  
**Kartoffeln!**  
II. **franz. Eierkartoffeln, 200 Pfd. 7 Mk., Fass 60 Pfg.**  
„ „ **Gesellschaftskartoffeln 70**  
„ „ **Magnum bonum-Kartoffeln, 200 Pfd. 4,80, Fass 40 Pf.**  
Nur im **Handel**. **Dies** **geb** **auf** **jedes** **bei** **zur** **abgegebenen** **Hand** **Kartoffeln** **einer** **5 Pfg.** **Abschluss**  
**gratis**  
**Fernsprecher 1169. Karl Voss, Holtenstraße 27.**

**Rezeptionsstellen:** **Otto Friedrich**. — **Rezeptionsstellen für die Rubrik „Lübek und Nachbargebiete“** und die mit **A. K.** gezeichneten Artikel und Notizen: **August Reich.**  
**Schreib:** **Thron Schwarz.** — **Dank** **an** **Fräulein** **Weyer** **u. Co.** — **Sonnliche** **in** **Lübek.**



## Nachrichtsbericht der Generalkommission vom 1. April 1899 bis zum 31. Dezember 1900.

### II. Statistif.

Die Generalkommission war bemüht, das Material, welches die Berufs- und Gewerbezahlung von 1895 enthielt, den Gewerkschaften zugänglich zu machen. Es sind drei größere Auszüge aus den Ergebnissen dieser Zahlung gemacht und im „Correspondenzblatt“ veröffentlicht worden. Eine weitere Zusammenstellung aus den Ergebnissen der Gewerbezahlung ist in Bearbeitung. Die alljährlichen Statistiken über die Streiks und über den Stand der Gewerkschaftsbewegung sind nach Möglichkeit verbessert worden.

Die Streikstatistik ist vollständig umgestaltet. Während bis zum Jahre 1900 die Materialien für die Statistik durch Umfrage am Jahreschluss gewonnen wurden, sind nunmehr die Einrichtungen so getroffen, daß fortlaufend in allen Gewerkschaften nach von der Generalkommission herausgegebenen Formularen die Statistik geführt wird. Diese Neueinrichtung verursachte der Generalkommission nicht unerhebliche Arbeit. Sie wird aber nicht nur ermöglichen, daß die Streikstatistik früher als in den vorhergehenden Jahren veröffentlicht werden kann, sondern es ist dadurch, daß nicht wie bisher summarisch, sondern über jeden einzelnen Streik berichtet wird, die Genauigkeit erhöht und die Vergleichbarkeit mit der amtlichen Streikstatistik gegeben.

### Konferenzen, Generalversammlungen und Kongresse.

Von der Generalkommission wurde gemäß dem Beschluß des Gewerkschaftskongresses eine Konferenz der Verbandsvorstände arrangiert, unter welchen Meinungsverschiedenheiten über die Abgrenzung des zu gewinnenden Mitgliederkreises vorhanden sind. Die Konferenz fand am 8. April 1900 in Hamburg statt und waren Vertreter von 13 Verbandsvorständen anwesend. Wenn auch keine bindenden Beschlüsse gefaßt worden sind und gefaßt werden konnten, so hat doch die Aussprache der beteiligten Parteien dazu beigetragen, daß objektiv über die Frage der Zugehörigkeit zu der einen oder der anderen Organisation geeinigt werden wird.

Da für die Ziegler eine eigene Organisation nicht bestand und der Verband der Töpfer, welcher die Ziegler längere Zeit als Mitglieder aufnahm, beschlossen hatte, diese Praxis nicht mehr zu befolgen, so wurde unter den beteiligten Organisationen Vereinbarung dahin getroffen, daß die Ziegler im Verband der Fabrikarbeiter Aufnahme finden sollten. Neuerdings hat sich jedoch wieder ein eigener Zieglerverband mit dem Sitz in Detmold gebildet. Das Sippische Gebiet, wo auch der christliche Zieglerverband seinen Sitz hat, ist das geeignetste für den Sitz einer Zieglerorganisation.

Von den Gewerkschaften des Ruhrgebietes wurde am 25. Juni 1899 eine Konferenz in Mülheim a. d. Ruhr arrangiert. Besprochen wurde die Gründung von Arbeitersekretariaten und die Einsetzung einer allgemeinen Agitationskommission für das Ruhrgebiet. Letztere sollte die von den Agitationskommissionen der einzelnen Branchen betriebene Agitation übernehmen. Gegenüber der auf der Konferenz vertretenen Meinung, daß in dem Bezirk Arbeitersekretariate auf Kosten der Generalkommission errichtet und erhalten werden sollen, wurde von dem anwesenden Vertreter der Letzteren erklärt, daß nach dem Beschluß des Gewerkschaftskongresses die Generalkommission event. nur Zuschüsse zu solchen Sekretariaten leisten könne. Vorbedingung wäre also, daß zunächst die organisierten Arbeiter des betreffenden Bezirks durch Leistung entsprechender Beiträge beweisen, daß sie das Bedürfnis für Errichtung solcher Sekretariate empfinden. Dasselbe wurde den auf den Beschluß des Gewerkschaftskongresses sich stützenden Anforderungen zur Beihilfe für Errichtung von Sekretariaten in einer ganzen

Anzahl anderer Orte und Bezirke entgegengehalten. Nur in einem Falle hat bisher die Generalkommission einen dauernden Zuschuß von 600 Mark jährlich für ein solches Sekretariat zugesagt.

Die Uebertragung der gesamten Agitation an die erwähnte Agitationskommission erfolgte nicht, weil die Mehrheit der befragten Vorstände der Meinung war, daß die Agitation zweckmäßiger durch Branchenkommissionen betrieben würde. Deswegen unterließ auch die in Aussicht genommene Gewährung von Mitteln an die genannte Kommission. Die Beschickung einer ähnlichen Konferenz, welche in Sierlohn stattfand, wurde unter diesen Umständen abgelehnt.

Seit dem letzten Gewerkschaftskongress fanden insgesammt 36 Generalversammlungen respektive Verbandstage der einzelnen Bezirke statt. Von diesen wurden 24 durch Vertreter der Generalkommission besucht.

Die Arbeiterversicherung. Der Gewerkschaftskongress beauftragte die Generalkommission, für Aufklärung der Arbeiter über die Bedeutung der staatlichen Arbeiterversicherung zu sorgen und die Wahlen der Arbeitervertreter zu leiten.

Dem ersteren Auftrage ist die Kommission durch Herausgabe der Broschüre über die Arbeiterversicherung nachgekommen. Auch der Vorbereitung der Wahlen soll diese Broschüre dienen. Unter den gegebenen Verhältnissen war jedoch mit einem großen Erfolg der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter bei diesen Wahlen nicht zu rechnen.

Sowohl bei den Wahlen der Vertreter resp. Beisitzer bei den Rentenstellen Ende 1899, als auch bei den Wahlen der Beisitzer in den Schiedsgerichten Ende 1900 hat die Generalkommission den in Betracht kommenden Gewerkschaftskartellen durch Zirkulare Anleitung für die Beteiligung an den Wahlen gegeben. In einzelnen Orten sind nach den hierher eingelaufenen Berichten auch die von den Gewerkschaften aufgestellten Kandidaten gewählt worden. In den nächsten Jahren muß, und dazu giebt die genannte Broschüre Anleitung, von unten heraus für diese Wahlen Vorbereitung getroffen werden. Dann wird, da schon unter den gegebenen ungünstigen Verhältnissen theilweiser Erfolg erzielt worden ist, der Erfolg ein allgemeiner sein. Da bei all diesen Wahlen die Art der Organisation der Krankenkassen entscheidend ist, so hat die Generalkommission begonnen, zunächst durch Umfrage bei den Verbandsvorständen Material zu sammeln, damit die Frage, welche Kassenart von den Gewerkschaften zu bevorzugen ist, allgemein entschieden werden kann.

Einem von der Berliner Gewerkschaftskommission gemachten Vorschlage, in Berlin ein Sekretariat zu errichten, welches die Vertretung der Versicherten vor dem Reichsversicherungsamt übernehmen soll, konnte die Generalkommission nicht zustimmen. Sie erkannte an, daß eine solche Einrichtung notwendig und daß es Sache der Gewerkschaften ist, sie zu schaffen. Genaue Berechnungen haben jedoch ergeben, daß die Generalkommission aus den regelmäßigen Einnahmen die nicht unbedeutenden Kosten respektive die erforderlichen Zuschüsse für eine solche Einrichtung nicht leisten kann. Es muß deshalb die Entscheidung über die Frage dem nächsten Gewerkschaftskongress überlassen bleiben.

„Correspondenzblatt“, Broschüren, „L'Operaio Italiano.“

Die Erhöhung der fortdauernden Einnahmen der Generalkommission ermöglichten es dieser, dem Beschluß des Gewerkschaftskongresses entsprechend, das „Correspondenzblatt“ zu vergrößern und besser auszugestalten. Seit dem 1. April 1900 erscheint das Blatt regelmäßig sechszehnseitig in bisherigerem Format und seit dem 1. Januar 1901 in etwas vergrößertem Format in demselben Umfange. Ein Redakteur, welcher sich ganz der Herstellung des Inhalts widmen konnte, wurde angestellt. Von den 17 Bewerbern, welche sich auf die Ausschreibung des Redakteurpostens gemeldet hatten, wählte der Gewerkschaftsausschuß den Genossen Paul Umbreit-Leipzig.

Die Auflage des Blattes stieg von 8950 Exemplaren im Juni 1899 auf 10 900 im Dezember 1900.

Die schon erwähnte Broschüre „Die Vertreter in der Arbeiterversicherung und deren Aufgaben“ wurde in 10 000 Exemplaren hergestellt. Jeder Bevollmächtigte eines Zweigvereins soll ein Exemplar gratis zur Verwendung bei der Agitation erhalten. Die Zustellung dieses Exemplars erfolgt durch den Vorstand der betreffenden Organisation. Den Mitgliedern der Organisationen wird die Schrift zum Selbstkostenpreise abgegeben.

Nachdem durch reichsweite Aufhebung des Verbindungsverbotes für politische Vereine die in den letzten Jahren erfolgten Änderungen der Vereinsgesetze einen gewissen Abschluß erhalten haben, wurde die längst begriffene Schrift „Anleitung zur Benutzung des Vereins- und Versammlungsrechtes“ neu herausgegeben. Die Schrift, welche entsprechend den neueren Gesetzesbestimmungen und der geltenden Polizeis- und Gerichtspraxis angepaßt ist, wurde in 5000 Exemplaren hergestellt.

Die italienische Zeitung „L'Operaio Italiano“ scheint einem dringenden Bedürfnis zu entsprechen. Während im Jahre 1899 die höchste Auflage 3000 betrug, stieg sie im letzten Jahre auf 4400. In den Wintermonaten, wenn die italienischen Arbeiter in ihre Heimath zurückkehren, geht die Auflage selbstverständlich zurück.

Zur Unterstützung der Agitation unter den Italienern wurde auch eine Broschüre in italienischer Sprache herausgegeben und in 4000 Exemplaren hergestellt.

Als Lohn für die Aufklärungsarbeit, welche der Verfasser der Broschüre und Redakteur von „L'Operaio“ unter den italienischen Arbeitern im Interesse des Kulturfortschritts betrieb, überreichte ihm die Hamburger Polizeibehörde einen Ausweisungsbefehl. Der Ausgewiesene, ein Schweizer Bürger, war höchlich verwundert, einen solchen Beweis von der Freiheit in der sogenannten Republik Hamburg zu erhalten.

Da bei der allgemein bekannten Liebenswürdigkeit der Hamburger Polizeibehörde von vornherein mit der Eventualität der Ausweisung eines Redakteurs, der nicht Reichsangehöriger ist, gerechnet wurde, so traf der geführte Schlag nicht. Das Blatt konnte ruhig weiter erscheinen, ohne an seinem Inhalte auch nur das Geringste einzubüßen.

Zu erwähnen wäre noch, daß die Generalkommission eine Sammlung für die Ausgesperrten in Dänemark veranstaltete und die Versammlungen in Deutschland arrangierte, in welchen Delegirte der Ausgesperrten referirten. Seitens der Generalkommission wurden 133 000 Mk. nach Dänemark geschickt. Der nach Beendigung der Aussperrung eingegangene Betrag von 7994 Mk. wurde der Kasse der Generalkommission überwiesen und als Darlehen den Verbänden übergeben, welche größere Streiks zu führen hatten.

Einschließlich der von anderer Seite direkt nach Dänemark geschickten Summen wurden aus Deutschland 217 572 Mark den Ausgesperrten überwiesen. Eine Sammlung zur Unterstützung der streikenden Bergarbeiter in Oesterreich ergab den Betrag von 49 000 Mk., welche an die österreichische Gewerkschaftskommission abgeführt wurden.

Bezüglich der inneren Verwaltung wollen wir, um nicht Einzelheiten anzuführen, nur bemerken, daß die Generalkommission 81 und der Gewerkschaftsausschuß sechs Sitzungen seit dem letzten Gewerkschaftskongress abgehalten hat. In der Besetzung der Ämter, der Höhe der Gehälter und der Entschädigung für Sitzungen sind Änderungen seit dem letzten Kongress nicht eingetreten.

Der erfreuliche Aufschwung, welchen die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland in den letzten Jahren zeigt, wird voraussichtlich auch in den weiteren Jahren anhalten. Die Kommission wird nach wie vor bemüht sein, ihr bescheidenen Theil zur äußeren Entfaltung und inneren Erstarfung der Gewerkschaften beizutragen.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.  
E. Legien, Vorsitzender.

## Frauenloos.

Roman von E. Bely.

13. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

„Komme ich auch mit nach Köln?“ fragt Jenne und das ist das erste Wort, das er spricht, seit sie hier heraufgekommen sind. Er hat sich nur damit beschäftigt, sehr viel Kaffee zu trinken und eine Menge Kuchen einzustippen.

„Du?“ fragt sein Vater. „Kannst froh sein, daß du hier bist! Bin ich in deinem Alter auf dem Kölner Dom gewesen? Arbeiten sollst du hier.“

Jenne zieht ein langes Gesicht und sagt gar nichts. „Ja, den wollen wir hier schon in die Kur nehmen!“ ruft Anton.

Frau Bine Bessing hat auch den Versuch gemacht, sich zu putzen, aber es ist alles schäbig, schlecht sitzend. Die rothe Schleife, mit der sie ihre Schwiagertochter begrüßt hat, prangt auf dem hochgewölbten Busen über einem vertragenen schwarzen Kleide, sie ist seit jenem Tage aber bedeutend fleckiger geworden; der Hut hat früher Märchen gehört und ist ein wenig aufs Altlichere zugestutzt von deren geschickten Händen und mit Bindbändern versehen. Sie redet mit Jungengeläufigkeit auf die Hannoverierin ein, am liebsten kommt sie aufs Kochen. „Nein, wie das so anders sein muß! Ich frag oft das Fische aus! hier koch's ja selber nach dem Anton seinem Gusto und das ist auch ganz recht. Mir denk's ja gar nit, wie all das nur schmeden kann, was Sie da drunten essen. Wirklich nit!“

Der alte Bessing sagt ab und an: „Ein Mann in meiner sozialen Stellung! Wer so die Achtung von Hoch und Gering genießt, wie Unserer! Lieber Stemme, Sie glauben nit, wie gar gnädig unser Herr Fürst gegen mich sind. Aber so was thut wohl — warum auch nit. Man hat's verdient!“

Jenne sieht allemal ihren Vater dann mit einem danken-

den Blick an. Wie gut ist er, wie zartfühlend. Er nimmt das alles harmlos, die Großthuerer von dem Alten und die Renommirer von Anton, der ihm so viel Zukunftsniß vorsingt, von Bestellungen, auf die er sicher rechnen kann. Vater und Mutter haben noch nicht die geringste Bemerkung gemacht, daß sie es sich doch vielleicht anders gedacht haben, als wie sie es hier fanden. Sie sind frohlich bei der Tausche der Kleinen gewesen und haben ihr ein ansehnliches Geldgeschenk fürs Sparkassenbuch gemacht. Freilich hat Anton das sofort mit Beschlag belegt wegen der Ausgaben für den Besuch. „Das thut man ein andermal wieder rein!“ Er ist auch von einem Geschäftsfreund aus Koblenz wiedergekommen mit einer Summe, die er aufgenommen hat. „Geld brauchen wir doch für deine Alten.“

Vater und Mutter freuen sich über das Kind, sind entzückt von der Natur, haben mit Staunen das prachtvolle Schloß im Innern bewundert, machen jeden Tag weite Wege — sie nehmen alles und jedes mit Freude und Genußfähigkeit auf, einmal nach so vielen Jahren losgelöst von allen Pflichten der Alltäglichkeit. Das versteht sie auch wohl; wenn sie nur selber die rechte Freude, die volle haben könnte. Sie muß nur gegen sich auf der Hut sein, sich nicht zu verrathen. Und doch hofft auch sie mit der Fähigkeit ihrer jungen frischen Natur auf die Zukunft, in der alles besser werden muß. Sie hat nach Empfang des Briefes, der die Absicht der Eltern zu kommen aussprach, abgewehrt, ihre Schwäche vorgeführt, Bedenken, ob den Eltern die Reise gut thun würde, daß ist aber weggewischt gewesen von deren festen Entschluß. „Wir wollen nach unserer Jene sehn.“ Daß ihr Vater nicht merkt, wie's hier steht, das redet sie sich nicht vor; daß er die alten Bessings nicht durchschaut und richtig beurtheilt, auch nicht — aber von Anton und ihr hofft auch er für die Zukunft. Klein angefangen hat er ebenfalls mit seiner Hanne.

Ganz besonders gut Freund ist der alte Stemme mit dem Bettchen, deren Einfachheit und Bestimmtheit sind ihm

sympathisch, ihr fleißiges Wirken, ihr stilles Wesen. Er nickt ihr eben zu und sagt: „Bettchen, Sie müssen uns einmal besuchen. Sie gaben auch so eine Art von Buchhalter ab, wie meine Jene war.“

Das ernste Mädchen in dem grauen, wohlgeschonten Kleide richtet die klugen Augen auf ihn. „Ich habe das nicht gelernt, was meine Schwägerin kann — ich bin nicht so gebildet.“

„Doch, Vater, sie kann alles, was sie will!“ verteidigt Jene, „sie braucht nur etwas zu sehn!“

„Und predigen kann sie!“ lacht Anton und streicht seinen Schnurrbart.

„Der Mann, der die mal kriegt, der kann sich freuen. Dem vergeht's Singen: Grad aus dem Wirthshaus da komm' ich heraus!“

„Hab' kein' Sorg“, antwortet seine Schwester ruhig, „ich krieg' schon keinen. Ich bin ein Mädchen ohne Geld!“

„Oho“, begehrt der alte Tischler auf, „ich bin der Bessing — die Reputation gilt mehr, als Schatz, die Koff und Wotten fressen. Gott sei Dank ist's so noch im guten Rheinland!“

Und seine Frau nickt und ihr Hut mit der kühn strebenden Feder geräth in eine etwas schiefe Stellung.

„Und so häuslich, wie du bist! Da soll man weit und breit suchen, nach einem Mädchen wie du bist, wie mein Bettche!“

Bettchen wirft ihr einen fast mitleidigen Blick zu, kneift die energisch geformten Lippen zu und sagt nichts.

„Kommen muß es, das Bettchen, ganz gewiß!“ ruft Stemme und hat sich dabei unbewußt der Redeweise des Landstrichs bedient, und er reicht ihr die Hand.

„Einschlagen! Lopp!“

„Und ich nicht?“ klingt Märchens silberhelle Stimme plötzlich herüber.

Sie sitzt auf der nächsten Bank, angeblich, weil es gar



# Soziales und Parteileben.

**Streiks und Lohnbewegungen.** Die Maurer in Halle befinden sich seit 15 Wochen in einem Abwehrkampf. Die Arbeitgeber haben den Lohn pro Stunde um 5 Pfg. gekürzt, das ließen sich die Maurer nicht gefallen. Die Unternehmer bieten jetzt alles mögliche auf, um fremde Arbeitswillige zu erhalten. Die Streikenden bitten darum, Solidarität zu üben. — In der Militäreffektfabrik von D. Sohn in Friedberg (Hessen) sind die Arbeitsverhältnisse ganz unerträglich geworden; auch sind bereits Maßnahmen vorgenommen worden. — Zugung von Bürstenmachern nach Lauterberg am Harz ist wegen Konflikts in der Pinselabrik von Kaufmann ferngehalten. — Die Berliner Marmorarbeiter werden, um den ausgesetzten Lohnsatz allgemein zur Einführung zu bringen, voraussichtlich am 1. März in den Streik eintreten, da sich die Unternehmer trotz aller Versuche der Lohnkommission auf Verhandlungen nicht eingelassen und die verschiedenen Zuschriften der Kommission unbeantwortet gelassen haben. — Der Streik der Mangler bei der Firma Flechtner in Langenbielau ist beendet. Die Streikenden haben keinen Erfolg erzielt, weil sich zu viel „Arbeitswillige“ gefunden hatten. — Die Musterzeichner in Planen i. Vogtl. haben eine durchgehende Lohnverbesserung erreicht.

**Lohnreduzierungen.** Auf der im Kreise Neurode im Schlessen belegenen Rubengrube des Zentrumsgrafen Magas sind die Löhne herabgesetzt worden. Im Franz- und Anton-Flöz der Rubengrube gab es bisher 9 Mk. pro 100 Hektoliter, jetzt giebt es nur noch 8 Mk. pro 100 Hektoliter. Der Preis der Kohlen ist aber derselbe geblieben.

**Stark besuchte Arbeitstagen - Versammlungen** haben in Halle a. S. und Plauen i. V. stattgefunden.

**Ueber den Konflikt in der Druckerei der „Leipz. Volksztg.“** hat der Parteivorstand eine Broschüre, die chronologisch und objektiv die Entstehung und den Verlauf des Konflikts schildert, herausgegeben und dem „Vorwärts“ als besondere Beilage beigegeben. Wir werden, sobald es der Raum unseres Blattes gestattet, auf die Broschüre zurückkommen.

**Der „Avanti“**, das Zentralorgan unserer italienischen Parteigenossen, ist bespöthelt worden. Vor einigen Tagen wurde während der Nacht in das Bureau eingeschoben und aus dem Geldschrank, den die Diebe demolirten, 5000 Franken entwendet. Dieser Raub trifft das Blatt um so härter, als seine Redakteure in einigen der letzten Prozesse neben Gefängnisstrafen auch hohe Geldstrafen auferlegt erhielten.

**Dänisches.** Am Sonntag wurde in Kopenhagen eine gemeinsame Versammlung der Vorstände aller Staatsarbeiterorganisationen, Eisenbahner, Postbeamte, Telegraphenbeamte, Zollbeamte aller Spezialitäten und die Unteroffiziere in Kopenhagen abgehalten. Die erschienenen 80 Personen vermaßen 15 000 Staatsarbeiter. Zunächst wurde dagegen protestiert, daß der Minister Juul-Ryjensteen dem Padmeister P. D. Pedersen eine Kandidatur anzunehmen verboten hat. Nur die Vertreter der Unteroffiziere enthielten sich der Abstimmung. Nachdem man die kommenden Wahlen hier wurde die Kandidatur Pedersen für den Kreis Slagelse auf See-land aufrechterhalten. Pedersen stellte sich übrigens um dieselbe Zeit in Kopenhagen seinen Wählern vor und erklärte, auf dem Boden des sozialdemokratischen Programms zu stehen. Er wird in den nächsten Tagen noch in weiteren Versammlungen reden.

## Aus Nah und Fern.

**Kleine Chronik.** Ein greises Ehepaar aus Weizen-see bei Berlin, der 69 Jahre alte Hausbesitzer und Händlungsbesitzer Wilhelm Schmidt und seine 61jährige Gattin, wurden durch Kohlenoxydgas vergiftet. — Ein schweres Brandunglück ereignete sich, wie aus Rüsse gemeldet wird, in Oppersdorf. In dem von neun Familien bewohnten Arbeiterwohnort des Brennereibesizers Preißner brach infolge Fahrlässigkeit eines Knachtes Feuer aus, wobei der Wächter Cyner verbrannte, zwei Frauen und ein Mann schwere und mehrere andere Personen leichte Brandwunden erlitten. Geringer konnte sich nichts werden. Auch viel Vieh ist verbrannt. — Zum Mörder seines 8jährigen Sohnes wurde der Stiller Rudolf Jäger in Plauen. Er erschoss ihn aus bisher noch nicht ermitteltem Anlaß und machte dann einen Selbstmordversuch, indem er mit dem

Kopfe gegen die Wand rannte. Der Sohnesmörder erreichte jedoch seinen Zweck nicht und wurde verhaftet. Er soll ein starker Trinker sein, und es ist möglich, daß er während der graufigen That nicht völlig zurechnungsfähig gewesen ist. — Ueber ein Familiendrama wird aus Mühlheim a. Rh. berichtet: In der Nacht zum Montag versuchte ein Arbeiter, der wenige Tage vorher aus der Arbeit entlassen worden war, aus Verzweiflung darüber, daß er nicht sofort wieder Beschäftigung fand, seine Frau, sieben Kinder und sich selbst umzubringen. Er verletzte seine Frau durch Messerstiche schwer, vier Kinder leicht und schnitt sich alsdann die Pulsadern auf. Der Zustand des Elternpaares ist sehr bedenklich; die Kinder sind außer Gefahr. — Aus Nache wird berichtet: Zwei Kinder, die von ihren in der Rossstraße wohnenden, auf Arbeit befindlichen Eltern eingeschlossen worden waren, sind verbrannt. — In der Ronen-Bräuerei zu Dortmund plagte beim Bichen ein großes U. gersaß. Fünf Mann wurden schwer verletzt; einer ist bereits gestorben. — In Schwyzingen tödtete sich ein dreizehnjähriger Knabe durch einen Revolverfuß ins Herz, weil er aus Unvorsichtigkeit sein dreijähriges Brüderchen erschossen hatte. — Im Zuchthaus Plauen hat sich der Tagelöhner Geppert von St. Johannis erhängt. Der Selbstmörder, der zehn Jahre abzusitzen hatte, beging vor zwei Jahren in St. Johannis eine Reihe von Brandstiftungen, um den Ortsbewohnern zu beweisen, daß eine Wasserleitung notwendiger sei als ein Kriegerdenkmal. — Eine rührende Episode ereignete sich kürzlich in dem Dorfe Engelen im schweizerischen Kanton Argau. Ein reicher Landwirth, ein Jungeselle, starb im neunundsiebzigsten Lebensjahre. Am Tage nach der Beerdigung fand man im nahen Fluße die Leiche einer alten Frau, Namens Sach, die im ganzen Kanton wegen ihrer werththätigen Warmherzigkeit bekannt und beliebt war. Zuerst glaubte man, der Tod sei durch einen Unfall herbeigeführt worden. Man fand dann aber in ihrer Wohnung einen Brief vor, in dem Fräulein Sach ausdrücklich erklärt, daß sie Selbstmord verüben will, um an der Seite ihres alten Geliebten, des genannten Landwirthes, ihre letzte Ruhestätte finden zu können. Mit bewegten Worten fleht sie, ihr diese letzte Bitte zu erfüllen. Es hat den Anschein, als ob die alte Dame einst den Landwirth als Freier abgewiesen, dann aber diesen Schritt tief bereut habe. Sie ist später in ein Haus gezogen, das gegenüber dem ihres früheren Anbeters liegt, wohl in der Hoffnung, er möchte noch einmal zu ihr zurückkehren. Dreißig Jahre hat Fräulein Sach geduldig gewartet und alles, was drüben vorging, mit Interesse und liebender Sehnsucht verfolgt; aber der einst Verwählte kam niemals wieder, sprach nie niemals mehr an. Als sie die Nachricht von seinem Tode erhielt, beschloß sie zugleich, das Leben, das nun für sie keinen Reiz mehr hatte, freiwillig zu verlassen. — In der Nähe des Dorfes Kabisopolhana in Ungarn sind sieben Brüder, Namens Tappei, von einer Lawine verschüttet worden. Sie waren in der Nähe des Dorfes mit Rodungsarbeiten beschäftigt und stellten, da ein heftiger Schneefall eintrat, die Arbeit ein. Zum Nachhauweg wählten sie den kürzesten Weg zwischen steilen Felsen, am Ufer eines Gebirgsbaches. Sie waren eine halbe Stunde marschirt, als eine mächtige Lawine herabstürzte und alle begrub. Einer von ihnen vermochte sich in fünfundzwanzigstündiger Arbeit wieder herauszuarbeiten und Hülfe herbeizuholen. Hundert Arbeiter schafften vier Tage lang, und es gelang ihnen, den einen der Brüder noch lebend herauszubekommen. Er hatte 60 Stunden lang unter einer 4 Meter dicken Schicht Schnee gelegen. Die übrigen fünf waren todt. — Die Pest fordert in Bombay wieder zahlreiche Opfer. In der letzten Woche kamen 2000 Todesfälle vor, wovon 922 der Pest zugeschrieben werden, jedoch ist die Zahl der an der Pest Gestorbenen wahrscheinlich größer. Die Eingeborenen sind ruhig, die Bevölkerung geht wie gewöhnlich ihren Geschäften nach.

**Der Amtsanwalt auf der Anklagebank.** Unter großem Andrang des Publikums fand am 9. Februar vor der Strafkammer des Landgerichts in Jüterburg die Verhandlung gegen den früheren Amtsanwalt v. Hanstein statt, der, wie f. Zt. gemeldet, am 10. Dez. v. J. in Wahrnehmung seines Berufes während der Schöffensitzung in Piskallen verhaftet wurde. Wie ebenfalls berichtet, war seitens der Staatsanwaltschaft gegen Herrn v. Hanstein die Anklage wegen Unterschlagung und Beilegung eines ihm nicht zukommenden Titels resp. falschen Namens, erhoben worden. Der Angeklagte stand bis 1895 in München in Garnison und bezog dort, nachdem er aus dem Offizierstande ausgestoßen worden,

die Wohnung seines Kameraden Dr. Kastentdt, welcher verschiedene Gegenstände, als Kleidungsstücke, Silberfachen ufm. zurückgelassen hatte. Diese Sachen soll nun v. H., der ein sehr ungebundenes Leben führte, als er sich in Geldverlegenheit befand, versteckt haben. Als eines Morgens die Polizei erschien, um Nachforschungen nach den Sachen zu halten, und v. H. merkte, daß die Sache kritisch für ihn stand, löste er die Pfandgegenstände ein und kehrte München den Rücken. Er wandte sich zunächst nach dem Süden und kam schließlich nach Ostpreußen, wo er sich sicher glaubte. Vor etwa 1 1/2 Jahren trat er die Stelle eines Amtsanwalts in Piskallen an, wo er sich auch den Freiherrntitel und an Stelle des Namens Friedrich den Namen Horst beilegte. Gelegentlich eines Spielerprozesses, in dem Herr v. Hanstein als Zeuge auftrat, wurde man auf denselben aufmerksam, und die Nachforschungen ergaben, daß Freiherr v. H. mit dem Friedrich v. H. identisch ist, der seit mehreren Jahren steckbrieflich verfolgt wurde. Herr v. H. stellt mit ganzer Entschiedenheit in Abrede, daß er die Sachen versteckt oder habe verstecken lassen. Er vermutet, daß dies eine Dame der Münchener Gesellschaft, mit der er zu jener Zeit intim verkehrte, deren Namen er aber nicht nennen könne, gethan haben müsse. Durch das Zeugniß seines Zimmerkollegen, des Leutnants v. L., der als Student mit Herrn v. H. zusammenwohnte, wurde indessen in der Hauptverhandlung festgestellt, daß v. H. zu ihm (dem Zeugen) geäußert, daß er (der Angeklagte) selbst die Sachen verpfändet habe. Außer dem Offizier war auch die frühere Wirthin des v. H. aus München als Zeugin zur Verhandlung geladen, desgleichen sein früherer Diener, jetziger Förster Böser. Das Urtheil lautete, konform dem Antrag des Ersten Staatsanwalts, Geh. Justizrath Hedt, wegen Unterschlagung auf sechs Wochen Gefängnis, welche Strafe nach dem „Ost. Ob.“ durch die Untersuchungschaft als verbüßt erachtet wurde. Wegen Beilegung des ihm nicht zukommenden Titels und des falschen Namens lautete das Urtheil auf 50 Mark Geldstrafe. Die Kosten wurden dem Angeklagten auferlegt. Der Strafbefehl wurde aufgehoben und v. H. sofort auf freien Fuß gesetzt.

**Ein „Harmloser.“** Der aus dem Harmlosen-Prozess bekannt gewordene Herr von Kröcher hatte sich, wie f. Z. mitgetheilt wurde, dem neuen Prozess gegen ihn durch die Flucht ins Ausland entzogen. Als seine Genossen in Berlin zum zweiten Male vor Gericht standen, wurde er in Wien gesehen, von wo er dann aufscheindend spurlos verschwand. Jetzt melden ungarische Blätter, Herr v. Kröcher habe vom Dezember bis zur vorigen Woche in Budapest sich aufgehalten und unangemeldet als Impresario der Chantant-Sängerin Lona Ruffinger in einer Privatwohnung in der Mörsergasse gewohnt. Die Sängerin ist schon hier in Berlin mit ihm liiert gewesen. In Budapest lebte Herr v. Kröcher flott, bekam öfter aus Berlin und Budapest größere Geldsendungen. Darunter sollen sich auch Summen befunden haben, die er angeblich von früheren Kameraden erhielt, die sich vor seinen Aussagen fürchteten. Die Berliner Polizei wurde von der Budapestener verständigt; v. Kröcher erfuhr dies und reiste mit der Ruffinger nach Wien, wo er unter falschem Namen eine Wohnung miethete und bald darauf mit der Ruffinger nach Warschau abreiste, wo sie unter dem Namen „La Dolores“ in einem Tingeltangel auftritt.

### Kein Zoll auf's Korn!

Ein Zoll auf's Korn! In diesen Tagen,  
Da laut erschallt der Schrei der Noth?  
Ein Zoll auf's Korn! Da Alle fragen:  
Wie kommt das Volk zu Salz und Brod?

Ein Zoll auf's Korn heißt Kinder morden,  
Wie Bethlehem es niemals sah;  
Herodes ist zum Stümper worden,  
Seit Würger Kornzoll fern und nah.

Ein Zoll auf's Korn ist Zoll auf's Leben,  
Ein Zoll auf's Korn ist Volkes Tod,  
Ein Zoll auf's Korn heißt Satten geben  
Und rauben Hungrigen das Brod.

Kein Zoll auf's Korn! Kein Zoll auf's Leben!  
Kein Zoll auf Arbeit, Salz und Brod!  
Doch Zoll auf fluchbelad'nes Streben,  
Das Gold schlägt aus des Volkes Noth!

Robert Seidel.

so gedrängt da am Tisch ist, neben dem Kammerdiener. Er ist bemüht unter Lachen und Kichern die französische Briebe und Säge nachsprechen zu lassen. „Ah und ah, sagt sie demjenigen: „Oh, monsieur Remy, monsieur Remy.“

„Ich soll nicht nach Hannover kommen, und ich möchte doch so gerne die Welt sehen! Ich hab' einen weiten Dars!“

„Kann das Mädchen nicht brauchen,“ lacht Stemma. „Das sage gleich mir, den Geheulen des Kopf zu verdrehen und dann hätte wir keiner mehr was.“

„Ach, das ist aber nicht genau, nicht wahr, Rosjanz Remy?“

Der Franzose ist ein zierlicher geistvoller Mensch, ganz elegant gekleidet. Er ist in Diensten des verstorbenen Bruders der Fürstin Clarisse gewesen, der schwabäbisch in Genes hat und sie hat ihn gewissermaßen aus Piskallen übernommen. Ihre Mutter war eine Französin, daher hat sie eine Vorliebe für die Sprache und das Wesen Franzosen.

„Mademoiselle Claire, Sie werden die Welt auch noch kennen lernen, Sie müssen es. Sie sollen einmal die Provence sehen, mein schönes Vaterland. O, wie schön! Und das Meer und die Delphine und Drangen et toutes ces beaux!“

Und Wiga! Ach — man friert, wenn man diese barbarischen Wörter anhört. Die sind für Bären und Wölfe! Die Sonne, das würdliche Leben ist da bas!“

Und Stammers rothe, volle Lippen öffnen sich und sie sagen heilig: „Ja, Rosjanz Remy, das muß schon sein; ja, ja.“

Am der nächsten Bank sitzt der Lehrling Christ, ein langer Bengel mit einem sehr dunkeln Gesicht und brennend

mit den Beinen in der Luft. Er hat den Kinderwagen heraufschreiben müssen, diesmal aber nicht mit der kleinen Hanne; den Hanne bildet der Proviant und das Geschirr für den Jack hier oben. Christ läßt sich auch den Rücken gut schmecken, plötzlich aber, beide Beine noch voll habend, schnellte er empor. Er ist als echtes Altkleiner Kind auf die Schloßherrschafft und die Höflichkeitbezeugung ihr gegenüber bereit — er kann jetzt zwar nicht sagen: „Unterthänigst guten Tag, Durchlaucht!“ denn der volle Mund hindert ihn, er steht nur kerzengerade da und blickt auf den Prinzen Louis, der vom Jäger Vieh verfolgt, ein paar Schritte vor der Bank entsetzt, aus dem Gebüsch getreten ist und unbemerkt von der Gesellschaft, sie betrachtet.

Prinz Louis, der Bruder des regierenden Fürsten, ist ein hochgewachsener, rothblonder Mann mit lebhaften blauen Augen. Da bisher sein Bruder nur Töchter hat, liegt die Möglichkeit vor, daß er einmal der Erbe der Herrschafft wird. Er ist populärer als der Fürst, er hat eine nette Art, mit den Leuten umzugehen und Interesse für sie zu zeigen und das dankt man ihm. „Ja, unser Prinz Louis!“ heißt es oft bedienungsvoll, „wenn der zu sagen hat!“

Er und sein Jäger tragen Hintern. Dem stattlichen Mars steht die Jagdreibung besonders gut. Noch ein paar Sekunden sieht der Prinz dem Treiben an dem runden Tisch und dem Hofmädchen des Kammerdieners zu, dann macht er ein paar Schritte über den grünen Rasenplatz hin, zieht seinen Hut und sagt mit angenehmer, lauter Stimme: „Allseitig guten Abend! das scheint ja recht behaglich hier zuzugehen!“

Rum erhebt sich alles, die Stammae, obwohl sie nicht wissen, wer da langsam näher kommt, auch.

„Unterthänigst guten Tag, Durchlaucht.“ Frau Vinc

Wessing setzt einen ganz gewaltigen Knig hin, nachdem sie sich Platz verschafft hat und etwas vorgetreten ist.

„Nicht stören lassen, bitte, nicht stören lassen. Freut mich, wenn Sinn für diesen hübschen Punkt gezeigt wird. Ach, Wessing, Ihre Frau, die Sie sich weit hergeholt haben — habe sie schon in der Kirche gesehen.“

Er ist dabei zufällig näher an Fine gekommen und begrüßt sie ganz besonders noch einmal durch Küsten seines Hutes. „Aus Hannover, nicht wahr?“

„Jawohl, Durchlaucht!“ entgegnet die junge Frau und schlägt die schönen Augen voll zu ihm auf.

„Wie gefällt es Ihnen, hier?“

„Danke unterthänigst, gut, Durchlaucht!“

Und Wic erlaubt sich jetzt zu sagen: „Das sind nämlich die Eltern — aus Hannover.“

„Freut mich, freut mich! Unser hübsches Vändchen gefällt Ihnen auch?“ wendet er sich dann an den Sattlermeister.

„Ganz prachtvoll, ganz prachtvoll!“ antwortet der mit kräftigem Tone und seine Frau knigt nun auch und sagt: „Ach ja, ach ja!“

„Ja, man sollte mehr Fremdenverkehr haben“, fährt der Prinz leutselig fort. „Das hülfen allen Verhältnissen hier auf.“

„Nun, mit der Zeit —“, er sieht die zierliche, hübsche Frau an, während er zu dem Manne spricht: „Zufrieden mit dem Geschäft?“

„Ja, ja, Durchlaucht —“, murmelt der. Da macht Fine einen Schritt auf den Prinzen zu. Alle Befangenheit ist von ihr gewichen. „Das heißt, Durchlaucht, es könnte viel, viel besser sein — muß besser werden. Worauf wir fest gehofft hatten, auf die Arbeit vom Schloß, die bleibt aus.“ So hölt kräftig Athem. (Fortsetzung folgt).